

# Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.  
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.  
Post-Nr.: 3564.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg-Gimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate  
für die diergebaltene Zeitschrift oder deren Raum 40 A,  
Bergnigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 A,  
Versammlungsanzeigen 10 A. Beilagen nach Uebereinkunft.

**Kollegen! Die Berliner Tischlermeister haben beschlossen, 10 pBt. ihrer Gesellen auszusperrn!**

## Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Zugang ist fern zu halten von:  
Tischlern nach Jena (Bernh. & Naumann), Worms;  
Tischlern und Maschinenarbeitern nach Leipzig (Firma Wagner & Finkeisen), Schlabach;  
Drechsler nach Reig (Worms);  
Korbmachern nach Alben (Kinderwagenfabrik), Dranienburg, Ripperwiese bei Schwebt an der Ober (Lornow);  
Perlmutter-Knopfdrechsler nach Verga (Rob. Meier jr.).

## Der christliche Holzarbeiterverband, seine Unterstüßungseinrichtungen und Kassenverhältnisse.

—dt. Wir haben uns vor Kurzem ein Wenig mit den Mitgliederbeziehungen unserer, mit so großem Eifer gegründeten, christlichen Konkurrenzorganisation beschäftigt; von nicht geringerer Interesse wird es für unsere Kollegen sein, etwas Näheres über die viel angepriesenen Unterstüßungseinrichtungen des christlichen Holzarbeiter-Verbandes zu erfahren.

Nach dem auf dem ersten Verbandstage des christlichen Holzarbeiter-Verbandes, der Pfingsten 1900 in Frankfurt a. M. stattfand, beschlossenen Statut gewährt diese Organisation für einen Wochenbeitrag von 15 A neben dem freien Bezug der Verbandszeitung: „Der deutsche Holzarbeiter“: 1. an reisende Mitglieder ein Jahr nach Eintritt in den Verband eine tägliche Unterstüßung von 50 A und zwar bis zum Betrage von A 12; 2. an verheiratete Kollegen eine Umzugsunterstüßung bis zu A 25; 3. eine Arbeitslosigkeit Unterstüßung, die nach 14tägiger Arbeitslosigkeit beginnt und dann für vier Wochen im Betrage von A 6 pro Woche gewährt wird; 4. bei allen von der Verbandsleitung bewilligten Streiks eine Streikunterstüßung; 5. Gemäßregeltenunterstüßung; 6. Sterbegeld an die Hinterbliebenen der verstorbenen Mitglieder — bei verheirateten Mitgliedern für beide Ehehälften — im Betrage von A 20 nach zweijähriger, steigend bis A 50 bei fünfjähriger Mitgliedschaft; ferner wird 7. Rechtschutz gewährt und zwar den Mitgliedern jener Zahlstellen, an welchen sich ein Gewerbegericht nicht befindet.

Ein ganzer Strauß von Unterstüßungseinrichtungen, in der That! Und wenn es auf vielversprechende Statuten ankommt, so dürften die Mitglieder des christlichen Holzarbeiter-Verbandes mit ihrem 15 A-Beitrag immerhin auf ihre Rechnung kommen. Doch hängen die Erfolge einer Organisation noch von etwas Anderem ab, als von einem leistungsfähigen Statut, das Pflichtgefühl und der Opfermuth der Mitglieder und die Tüchtigkeit der Verbandsleitung spielen dabei eine immerhin nicht untergeordnete Rolle, und da dürfte es wohl fraglich sein, ob bei der nach unserem ersten Artikel in der christlichen Organisation augenscheinlich herrschenden Schlampe die Mitglieder derselben besonders viel von der Leistungsfähigkeit ihres Verbandes merken werden. Allerdings, Herr Stegerwald hat in seinem Referat zur Beratung dieser Statuten auf dem Verbandstage nachgewiesen, daß „es geht“. Er hat seinen Berechnungen der Ueberlast der nach Einführung dieser Unterstüßungen zu erwartenden Ausgaben eine bestimmte Mitgliederzahl zu Grunde gelegt, doch hat er anscheinend mit recht phantasiestollen Zahlen operirt, mit unbekanntem GröÙen, er ist jedenfalls der Zeit so weit vorausgeeilt, daß sein Verbändchen so schnell nicht nachfolgen konnte; oder aber, Herr Stegerwald hat direkt damit gerechnet, daß die statistischen Rechte der Mitglieder seines Verbandes auf dem Papiere stehen bleiben; oder, im günstigsten Falle, Herr Stegerwald

steht mit dem Einmaleins auf dem KriegsfuÙe, denn die jetzt vorliegenden Kassenergebnisse am 30. Juni 1901, von welchem Zeitpunkt an die meisten der oben angeführten Unterstüßungseinrichtungen in Funktion treten sollen, lassen es fraglich erscheinen, ob der Verband den statutengemäÙ an ihn herantretenden Anforderungen auch nur zu einem Theile entsprechen kann. Es dürfte sich lohnen, die Leistungsfähigkeit des christlichen Holzarbeiter-Verbandes an seiner Kasse zu messen, erst dann werden die großen Worte des Herrn Stegerwald von der Vorzüglichkeit seines Verbandes, der „von keinem übrigen Verband Deutschlands an Gegenleistung übertroffen“ wird, richtig zu würdigen sein.

Nach der von einem christlichen Holzarbeiter uns zur Verfügung gestellten, von Herrn Stegerwald der Öffentlichkeit geoffenbarten Abrechnung des christlichen Verbandes für das erste Halbjahr 1901 war für diese Zeit eine Einnahme von A 7897,11 zu verzeichnen, welches Ergebnis allerdings nur durch ein in der Kassenpraxis sonst nicht übliches Vorgehen erzielt werden konnte. Herr Stegerwald hat nämlich, um die Leistungsfähigkeit seines Verbandes recht augenscheinlich zu machen, unter den Ausgaben desselben eine Streikunterstüßung an die Tabakarbeiter in Kaldenkirchen in Höhe von A 759,85, wovon A 25 aus der Hauptkasse und A 734,95 aus den Zahlstellen geflossen sind, mit verrechnet. Diese Verrechnungsmethode wird eigenthümlich beleuchtet durch einen Satz in den Anmerkungen zu der Abrechnung, worin es heißt:

„Von den A 734,95, die die Zahlstellen für die Tabakarbeiter sammelten, wurden A 470,22 seitens der Hauptkasse an die Streikleitung abgefordert, während der Rest seitens der einzelnen Zahlstellen direkt befördert wurde. Aus den öffentlichen Quittungen eintnahmen wir jedoch, daß der obige Betrag von A 734,95 von unseren Zahlstellen aufgebracht wurde. Diese Einnahmen sind bei „freiwillige Beiträge“ mitverbucht.“

In der That, ein höchst eigenthümliches Vorgehen. Weil Herr Stegerwald in den Zeitungen gelesen hat, daß den Kaldenkirchener Tabakarbeitern Unterstüßungen zugeführt worden sind, die von christlichen Holzarbeitern aufgebracht sein können, setzt er sich flugs hin und reklamiert dieselben für seinen Verband, augenscheinlich, um die große Leistungsfähigkeit desselben durch diese künstlich hinaufgeschraubten Einnahme- und Ausgabeziffern aller Welt darzutun. Wollten andere Vereine und Kassen, beispielsweise unser Verband, diese Praxis sich zu eigen machen, so würden sie manches Jahr gegen A 100 000 Unterstüßungen mehr verrechnen können, die direkt oder indirekt durch unsere Zahlstellen und Mitglieder aufgebracht worden sind. Sie verzichten auf diese Aufrechnungen, weil sie mehr oder weniger nur auf Kombinationen beruhen können und in dieser Weise in den Rahmen einer Verbandsabrechnung nicht hineinpassen; und wie kann man Einnahmen und Ausgaben zahlenmäßig verrechnen, die der verrechnenden Kasse nicht lastenmäßig entstanden sind?

Nur Herr Stegerwald kann auf dieses Mittel nicht verzichten, würde seine Abrechnung, besonders in puncto des Nachweises der Leistungen des Verbandes, sonst doch gar zu dürftig ausschauen. Herr Stegerwald verrechnet also in der Einnahme an freiwilligen Beiträgen A 772,12, — obwohl er diese Einnahme kaum zur Hälfte gehabt hat — nur, um in seinen Ausgaben einen Posten von A 759,85 an Unterstüßung mehr verrechnen zu können. Die Mitglieder könnten ja mißmuthig werden über die geringe Leistungsfähigkeit ihres Verbandes, der trotz der Erklärung seines Vorsitzenden, er werde in Bezug auf seine Unterstüßungseinrichtungen von keinem anderen

Verbande Deutschlands übertroffen, rein garnichts leistete und dabei doch mit leeren Kassen in's neue Halbjahr hinübergefegte. Von dem insgesamt A 5798,59 Ausgabe entfallen neben den genannten auf so eigenthümliche Weise in die Abrechnung hineingekommenen A 759,85 Unterstüßungen an die Kaldenkirchener Tabakarbeiter nur A 808,55 auf Unterstüßungen der Mitglieder, während die sonstigen A 4870,89 für die Zeitung, Verwaltung und Agitation des Verbandes verausgabt worden sind. Die größten Ausgaben erforderte die Zeitung mit A 2122,10 für Druck und Expedition, A 58,59 Abonnement von Zeitungen und den Ausgaben für Redaktion des Verbandes, die bei einer Besoldung des Beamten mit A 720 pro Halbjahr auf A 860 veranschlagt werden dürften; das sind A 2540,68 Ausgaben oder rund 50 pBt. der Gesamtausgaben allein für die Zeitung. Von den Verwaltungsausgaben sind bemerkenswerth A 489,50 für sonstige Druckfachen, A 70,40 für Buchbinderarbeiten, A 40,40 für Stempel, A 61,70 für Bücher und Broschüren und A 86,57 für Porto; das wären mit dem auf A 860 gerechneten Gehalt des Vorsitzenden insgesamt A 1128,57 oder rund 23 pBt. der Gesamtausgaben für Verwaltung. Die weiteren Ausgaben vertheilen sich wie folgt: A 420,95 für Agitation, A 97,50 für Beiträge an den Gesamtverband (die Generalkommission der christlichen Gewerkschaften), an die Gesellschaft für soziale Reform und Kosten zu den Sitzungen des Ausschusses des Gesamtverbandes; ferner A 112 für Delegation auf dem christlichen Gewerkschaftskongress und A 70,29 Divarjes.

Wie die Leser ersehen, haben Unterstüßungsbetrachtungen beim christlichen Holzarbeiter-Verband, urtheilt man nach seinen Kassenergebnissen, einen recht problematischen Werth. Herr Stegerwald wird uns allerdings entgegenhalten, daß der von ihm geleitete Verband das Füllhorn seiner Gaben an Unterstüßungen ja erst vom 1. Juli 1901 über seine Mitglieder ausschütten werde und man vor diesem Zeitpunkt über seine Leistungsfähigkeit nicht urtheilen könnte. Das könnte zutreffen, wenn Herr Stegerwald auf gefüllte Kassen blicken könnte; dann könnten die christlichen Holzarbeiter wenigstens mit einigen Verträgen in die Fähigkeit ihrer Organisation in puncto seiner Unterstüßungsleistungen der Zukunft entgegengehen. Der Verband hat aber, wie die Leser ersehen haben, kein Geld — denn ein Kassenbestand von ganzen A 2098,52, wie er in's neue Quartal mit hinüber genommen wird, ist lächerlich gering angesichts der Verpflichtungen, die von diesem Zeitpunkt an des Verbandes lasten. Er hat kein Geld, obwohl er bis 1. Juli 1901 mit Unterstüßungseinrichtungen kaum zu rechnen hatte; auch im ersten Halbjahr 1901, wo er nach der Rentabilitätsberechnung des Herrn Stegerwald doch jedenfalls Fonds für Unterstüßungskassen ansammeln sollte, hat er es mit Hängen und Würgen zu einem Nettoüberschuß von A 1118,58 gebracht, obwohl er in dieser Zeit durch Streiks sicher nicht belastet war. Für jeden einsichtigen Beurtheiler des Gewerkschaftslebens wird es klar sein, daß der Verband mit solchen Mitteln außer Stande sein muß, seine Verpflichtungen zu erledigen. Dabei ist für die Zukunft wenig Aussicht auf Besserung der Kassenlage, um so weniger, als die Ausgaben für Zeitung und Verwaltung, die das Verbandsbudget in so ungesundem Maße belasten, im zweiten Halbjahr 1900 Anstellung eines Sekretärs in Köln noch enorm in die Höhe geschraubt werden. Der Verband wird also, um seinen Verpflichtungen, die gerade in der Krise in erhöhtem Maße an ihn herantreten, gerecht zu werden, wohl eine Anleihe bei hohen Männern aufnehmen oder bei Gewährung von

Unterstützungen seinen Mitgliedern den Vorkorb einzuwerfen recht hoch hängen müssen. Wir kennen ja die Rentabilitätsberechnung des Herrn Stegerwald, die er seinen Unterstützungsbeiräten zu Grunde gelegt hat, nicht, aber so viel muß uns klar sein, daß man bei 15 % Beitrag und einer so ungesunden Verwaltung keinen Sad voll Unterstützungen bringen kann. Die Tischler-Dunder'schen Tischler haben in ihrer Jahresabrechnung für 1900 bewiesen, daß man das bei 15 % Beitrag selbst mit einer verhältnismäßig gut funktionierenden Verwaltung nicht kann. Haben sie in dieser Zeit doch mit einem beträchtlichen Defizit zu rechnen gehabt, das sich mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage nur vergrößern kann. Und so ist auch dem christlichen Holzarbeiterverband kein anderes Programm zu stellen, als daß er mit seinen Unterstützungsbeiräten elend Fiasko machen wird. Wenn die christlichen Kollegen sich also durch die vielen Versprechungen ihres Statuts blenden lassen, dürften sie bald einsehen, daß sie bloß hineingefallen sind, denn das Statut dürfte kaum besser zu kennzeichnen sein, wie wenn man ihm das Motto vorsetzt:

**„Wiel Geschrei und wenig Woll!“**

Auf unseren ersten Artikel antwortet Herr Stegerwald im neuesten „Holzarbeiter“ in seiner bekannten Manier. In seinen, in der Verlegenheit etwas loszusprechen gerathenen Ausführungen ist uns zunächst interessant zu erfahren, daß unter den von uns zur Berechnung des Mitgliederstandes benutzten ordentlichen Einnahmen nur die auf die Hauptkassette entfallenden Beträge, d. h. 75 pSt. der Beiträge, von denen schon vorher 25 pSt. an die Lokalkasse abgeführt worden seien, zu vertheilen sind. Herr Stegerwald erleichtert uns dadurch ganz ungemein das Verständnis der Abrechnung, denn ohne diese Erklärung müßten die Leser der Abrechnung über diesen Vorgang im Dunkeln bleiben. Der Herr erwähnt uns allerdings, uns den Titel der Abrechnungsbeilage etwas näher anzusehen, daraus hätten wir, sofern wir vorgehabt hätten, eine beweiskräftige Arbeit zu liefern, finden müssen, daß die Abrechnung nur den Anteil der Hauptkassette vorzieht, daß der Anteil der Lokalkassen schon in Abzug gebracht und daher der ganze Aufbau seiner (unserer) Rechnung falsch ist. Mit Verlaub, bester Herr, sehen Sie sich Ihre Abrechnung nur etwas näher an, dann werden Sie eingestehen müssen, daß recht viel Kombination dazu gehört, will man eine Ihrer würdige Schlussfolgerung rechtfertigen. In der genannten Beilage heißt es allerdings: „Bericht über Einnahmen und Ausgaben der Hauptkassette...“, demgegenüber läßt aber die Abrechnung — die allerdings keineswegs ein Muster von Klarheit ist — mit ihren nach Orten gebrachten und mit „Aufnahme-Gebühren“ und „Beiträgen“ spezifizierten Einnahmen nur unsere der Berechnung zu Grunde liegende Annahme zu. Unser Irrthum ist also verzeihlich, erklärten wir übrigens doch, gleich, daß es sich bei uns nur um „Wahrscheinlichkeitsberechnungen“ handeln kann; und wer kann denn auch ahnen, daß der „alte Gewerkschafter“ Stegerwald in seinem Wissen Fälle unter der in der Abrechnung gebrauchten Rubrik „Beiträge“ nur den 75 pSt.-Anteil der Hauptkassette versteht. Was sagt nun Herr Stegerwald über den Mitgliederstand seines Verbandes? Nicht, daß er nunmehr bestimmte Zahlen angiebt — augenscheinlich tappt er darüber selbst im Dunkeln — er berechnet lediglich an der Hand unserer Berechnung, legt dabei das für die Pflichttreue seiner Kollegen vom christlichen Verband beschämendste Rechnungsergebnis von 3000 Mitgliedern zu Grunde und rechnet zugänglich von 25 pSt. für seinen Verband 3750 Mitglieder heraus. Aus dieser Berechnung geht hervor, daß wir recht haben, wenn wir von Herrn Stegerwald behaupten, er stehe mit dem Einmaleins auf dem Kriegsfuß, denn jeder Schlußfolgerung wird uns sagen können, daß wenn 3000 gleich 75 pSt. sind, 25 pSt. nicht 750 und 100 pSt. nicht 3750 sein können. Uebrigens würden nach den bei den Gewerkschaften üblichen Kassensuffanzen, wonach im ungünstigsten Falle auf ein Mitglied im Quartal immerhin zehn Beiträge entfallen, dem christlichen Holzarbeiterverband nur circa 2487 Mitglieder zuzuzählen sein.

Im Uebrigen beweist dadurch Herr Stegerwald die ganze Oberflächlichkeit eines Führers der Gewerkschaftskritiken, wenn er aus der Abrechnung des Holzarbeiterverbandes schlussfolgert, daß wir im zweiten Quartal 1901 nicht 71705 sondern nur rund 57000 Mitglieder gehabt hätten. Herr Stegerwald hat anscheinend niemals eine Abrechnung unseres Verbandes gelesen, obwohl er sie des Letzteren in Grund und Boden kritisierte, sonst müßte er wissen, daß sie an Beitrags-Einnahmen A 189 883,50, den vollständigen 100 pSt.-Beitrag, berechnet, das sind bei 71705 Mitgliedern 10% Beitrag pro Mitglied; wenn nur 57000 Mitglieder vorhanden wären, dann müßte ja jedes Mitglied mehr als 13 Wochenbeiträge geleistet haben, was doch schlechterdings nicht möglich ist — aber so kann der famose Stegerwald daneben rechnen, ebenso wie er daneben hat, wenn er unseren Kollegen Rath in München als den Antifaschisten bezeichnet und gegen diesen nun ärgerlich eine Faust macht. Doch was macht es? Auf ein paar Seitenbrünge mehr oder weniger kommt es ja nicht an. Es war es für uns beispielsweise äußerst interessant, von Herrn Stegerwald zu erfahren, daß die Gewerkschaftskritiken den von uns gemachten Vorwurf einer „stapellosen Agitation“ als ein ihrer Rührigkeit gehörendes Lob aufzählen. Unsere Auffassung von der Qualität dieser Herren wird dadurch nur, und zwar von berufenster Stelle, bestätigt.

Unsere Interesse an dem christlichen Holzarbeiterverband, das sich durch Veröffentlichung des genannten Artikels und einiger gelegentlicher Notizen kennzeichnete, glaubt nun Herr Stegerwald folgern zu müssen, wir wollten unsere Kollegen zum „Berubeln von Terrorismus“ heranziehen. Der Herr kann sich beruhigen. Wir wollten lediglich aufklärend wirken, wir wollten nur auf das Thörichte, Unzulängliche und für die Arbeiterklasse Schädliche dieser christlichen Berühmtheits- und Himmels- und sonstigen, nichts anderes.

Uebrigens glauben wir den Herren versichern zu können, daß sie, soweit unser Einfluß reicht, sich niemals über Terrorismus unserer Kollegen zu beklagen haben werden. Und wenn es doch geschieht, so steht ihr Verhalten ebenso mit den Thatsachen im Widerspruch, wie bei dem Offenbacher Fall. Dann geschieht es von ihnen nur, um wiederholt Beweis dafür abzulegen, daß der schöne biblische Spruch: „Die Wahrheit wird Euch freimachen“, für sie keine Geltung hat. Wir versprechen ihnen, sie dann ebenso zu züchtigen, wie es anlässlich des Offenbacher Falles geschehen ist, eingedenk der Lehren Marz-Schaffh's: „Wer da lügt, muß Prügel haben!“

**Aus der Berliner Tischler-Zunungsversammlung.**

In der am 10. Januar stattgefundenen Versammlung in der beschlossenen wurde, 10 pSt. der organisierten Holzarbeiter auszusperrn, kamen für die Zunungsmeister einige wenig erbauliche Dinge zur Sprache. Ein Mitglied der Lehrlingsprüfungscommission theilte mit, daß ein Ausgelernter, der bei einem bekannten Hoflieferanten, Gr., gelernt und das Zeugniß Ia bei der Prüfung erhalten hatte, bei seinem ersten neuen Meister außer Stande war, nach dessen Angaben einen Kasten resp. Thür zu machen. Der Lehrmeister erklärte: „Bei mir lernt jeder Junge was, aber — ob sie was verdienen können, das ist eine andere Sache.“ Die Herstellung in den Spezialwerkstätten sei eine andere, als bei ihm, wo anerkanntermaßen nur gediegene Arbeit gemacht werde. In einem anderen Falle will ein Vater A 10 Auszubereitungsgebühr zurückhaben, weil sein Sohn nicht wo anders fortkommt. Die Prüfungscommission mußte erleben, daß ein Ausgelernter beim Zinten erst die Schmalben schnitt. Dem Obermeister waren diese Enthüllungen sehr unangenehm, fernermalen der Befähigungsnachweis der Lehrmeister eine böse Schlappe erhielt. Er hatte denn auch nichts Geligeres zu thun, als eine Besprechung darüber zu verhinbern. Bei der Vorstandswahl zeigte es sich, daß die Opposition gegen die Zwangsinnung zwar zunimmt, aber keinen Einfluß auf dieselbe hat. Plötzlich erklärte dem Opponenten Ködel, daß, wenn seine Wahlperiode um sei, er einfach rausruft, und dann sei er seine Innungs-schmerzen los, nämlich Ködel.

Beschlossen wurde weiter, ein Innungs-Einigungsamt für das Tischlergewerbe zu errichten. Der Innungsausschuß will zwei pensionirte Amtsrichter anstellen, von denen dann einer unparteiischer Vorsitzender des Einigungsamtes werden soll. Ein von der Innung fest angestellter Richter und Unparteilichkeit, wie reimt sich das zusammen? Weiter plant der Vorstand, durch Verrückung des Statuts laut Entscheid der Behörde, das Kontrollbuch obligatorisch einzuführen.

Begünstigt des zu gründenden Arbeitsnachweises führte der Referent Witich aus, daß der Holzarbeiterverband durch seine innere Organisation es fertig bringt, daß kein Arbeiter Arbeit bekommt oder annehmen darf, wenn der Verband es nicht will. Die Innung mit den befreundeten Meisterverbänden, Holzindustriellen etc. planen, daß nur Arbeiter eingestellt werden dürfen durch Vermittelung des zu gründenden Arbeitsnachweises, welcher obligatorisch sein muß. „Es soll der Terrorismus unserer Gegner (welche Arbeiter, die auf Ordnung und Sitze halten (Streifrecher), durch ihre Streikposten und Sperren hindern zu arbeiten) gebrochen werden. Jeder Meister, so führte Witich aus, kann aber Arbeiter nehmen, wo er will, nur muß der Entlassungsschein, der zugleich mit eingeführt wird, vorgezeigt werden. Die Gebühren werden 20 %, im ersten Jahre vielleicht 25 %, pro Vermittelung betragen, also schätzungsweise bei 4000 Vermittelungen A 8000—10000 pro Jahr, welche die Meister durch ein Umlageverfahren decken sollen. Sollte es gelingen, mit der Bildung unseres Arbeitsnachweises, so wird dieses mit Beiträgen, Ruhe und Frieden im Gewerbe zu haben.“

Der Herr Generalsekretär Rasse von den Metallindustriellen (Kühnemänner) erklärte die Vorgänge des igrigen bestehenden Arbeitsnachweises. Er führte aus: „Die Arbeiter, welchen an Arbeit gelegen ist und die auf Ruhe sehen, sind sehr zufrieden mit unserem Arbeitsnachweis, welcher vollständig parteilos (1) geführt wird, aber selbstverständlich werden die anständigen (11) Arbeiter bevorzugt. Lassen Sie sich Ihr Recht um kein Atom kürzen, sehen Sie darauf, daß jeder Arbeiter den Entlassungsschein vorgeigen muß und daß Sie allein darüber zu bestimmen haben. Es ist garnicht möglich, parteilos einen Arbeitsnachweis zu führen (der bezahlte Schurfmacher meint natürlich die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften), die paritätischen sind zu verwerfen!“

Einzelne Meister sprachen dagegen. Herr Rasse erklärte dann noch, daß die Pianofortefabrikanten Loblieder auf ihren Arbeitsnachweis sängen, denn — „Leuten, die Unfrieden stiften, muß man auf die Finger sehen.“ Sie haben ein warmes Herz für die Arbeitslosen (die Kühnemänner nämlich) und geben daher auch Speisemarken auf ihren Arbeitsnachweisen aus, um die Noth zu lindern. Von Seiten des Gesellenauschusses wurde erklärt, daß der Zwang der Zwangsinnung, wie er im Statut enthalten ist: „Das geordnete Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen“, durch das geplante Vorgehen nicht gefördert werde. Die Gesellen wollten, wie der Gesetzgeber es gewollt habe, durch Mitarbeit das gegenseitige Verhältnis geordneter gestalten. Das einseitige Vorgehen der Innung zwingt den Gesellen-ausschuß, von seinem gesetzlichen Rechte Gebrauch zu machen und gegen die eben gefassten Beschlüsse zu protestieren.

Sodann wurde die Antwort auf das Ultimatum, welches dem Holzarbeiterverband gestellt war, die Sperren aufzuheben, beiläufig. Herr Ködel protestirte gegen eine Beschlusfassung in dieser Sache, da die Delegirten nicht kompetent seien, sondern eine Gesamt-Meisterversammlung. Herr Lindemann forderte auf: „Zeigen wir uns als Räuber, schafften wir Ruhe und Frieden.“ Der Obermeister Kahardt erklärte: „Sie haben die Pflicht, den gesperrten Kollegen Hilfe angedeihen zu lassen“, bezüglich der Kompetenzfrage übernehme er die Verantwortung. Von einem anderen Meister wurde gewünscht, im Interesse der nothleidenden Familien nachträglich Fühlung mit dem Verbanne zu nehmen, um eine Verständigung zu erzielen. Herr Kahardt und Herr Schöning erklärten: „Ein „Zurück“ giebt es nicht mehr, sonst wird es uns als Schwäche ausgelegt, wir wollen nicht die Blamage nach nochmaligem Scheitern.“ Herr Ködel macht dem Innungs-Vorstande

den Vorwurf, daß derselbe direkt zum Kampfe treibt. Herr Meißner erklärte, daß ihm die Organisierten lieber sind als die Nichtorganisierten. Wegen sieben Stimmen wurde sodann der schon bekannte Beschluß gefaßt: „daß das Comité der Meisterverbände in die Wege leiten soll, 10 pSt. der Beschäftigten auszusperrn.“

**Zur Arbeitslosenunterstützung.**

Die umfangreichen Ausführungen des Kollegen Umbreit veranlassen mich zu einigen Einwendungen.

Es wird hier versucht, die Mitglieder verantwortlich dafür zu machen, daß die Nothlage sie mit leeren Kassen findet. Nun haben aber die Mitglieder mit übergroßer Mehrheit der Erhöhung der Beiträge um 5 % pro Woche zugestimmt, ohne etwas an Unterstützung zu fordern, ebenso sind die Extrabeiträge geleistet worden, welche Summe das ergiebt, kann sich Jeder selbst ausrechnen. Nach gewöhnlicher Rechnung beträgt die Mehreinnahme pro Jahr und Mitglied A 2,60 allein durch die Beitragserhöhung, ohne daß irgendwo ein Ueberfluß an Geld wäre.

Jetzt will man den Mitgliedern vorrechnen, daß mit 9 bis 10 % pro Woche eine Arbeitslosenunterstützung möglich sei und viel Elend damit gelindert werden kann.

In Wirklichkeit läuft der Entwurf des Kollegen Umbreit, wie auch der frühere des Hauptvorstandes, darauf hinaus: Die große Mehrzahl der Arbeitslosen Kollegen erhält nichts und der Rest ein Almosen; dafür muß aber die Gesamtheit die Mittel aufbringen, wovon ein sehr kleiner Theil durch Verwaltungskosten aufgebraucht wird.

Wenn ein solcher Entwurf mit einer derartigen Begründung von einer Behörde ausging, so würde die Bezeichnung wohl kurz und deutlich sein. Denn gegenüber einer solchen „Unterstützung“ ist die Errichtung einer Suppenanstalt eine sozialpolitische und humanitäre Leistung ersten Ranges.

Wer wirklich ein Gefühl für die Noth und das Elend hat, wird sich nicht dazu verleiten lassen, durch eine Kunst-berechnung einen Theil davon auszufuchen und dieser That dann den Namen „Arbeitslosenunterstützung“ beizulegen.

Vor zwei Jahren wollte man dadurch den Arbeitsmarkt beherrschen und die Reserverarmee verringern, und jetzt? —

Gerade der Entwurf zeigt klar und bestimmt, daß eine ernstliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Kräfte und Mittel einer Gewerkschaft übersteigt. Wenn wir das zugeben und eingestehen, so leisten wir der Entwicklung einen besseren Dienst, als durch eine derartige Eulenspiegelerei, welche die Rauchwolken für wärmendes Feuer hält und ausgiebt.

Ebensowenig es eine Herabsetzung des Wahlrechts ist, wenn zugegeben wird, daß mit den Stimmzetteln nicht Alles zu erreichen ist, gerade so wenig ist das eine Geringschätzung der Gewerkschaften.

Selbst wenn es möglich wäre, alle Arbeitslosen Mitglieder einigermaßen zu unterstützen, so würden doch die Arbeitslosen Massen außerhalb des Verbandes in der gleichen Weise das Arbeitsverhältnis beeinflussen. Die Arbeitslosigkeit kann nur durch den Staat und die Gemeinden bekämpft werden. Der Staat leistet Beihilfe bei Nahrung, Hochwasser usw. Die Gemeinden gewahren Zuschüsse bei Festlichkeiten, Ehrungen, Ausstellungen usw. an Personen, die sich materiell bedeutend besser stellen, als die Arbeiter und Niemand findet das unethisch oder der Gesamtheit schädlich, gerade so gut kann auch die Arbeitslosigkeit bekämpft werden nicht durch Almosen sondern durch Arbeitsgelegenheit. Die Gewerkschaften können Ausnahmefälle durch Nothfallunterstützung etwas lindern, zur Verkürzung der Arbeitszeit wenigstens während der Krise hinarbeiten und Behörden und Korporationen mit Vorschlägen usw. in die Hände arbeiten.

Es darf wohl als feststehend gelten, daß in Zeiten langen Geschäftstillstandes eine jährliche Unterstützung von A 10 bis A 50 die am meisten gefährdeten Erntezüger nicht über Wasser halten kann, zudem müssen vorher mindestens A 25 jährlich an Beiträgen geleistet werden. Läßt sich damit eine Krise überwinden oder werden die ausgesetzten Mitglieder nicht erst recht vom Verband abgehoben auf diese Weise?

Nun zur Statistik und den „Beweisen“. Für mich ist weder die Statistik, noch sind mir die beliebigen aneinander gereihten Zahlen des Kollegen Umbreit maßgebend, wo es sich um's Bezahlen handelt, da darf man nicht ohne Weiteres auf solche Meinungen und Wünsche bauen. Ohne den geringsten Vorwurf darauf zu erheben, will ich bloß an die Zentral-Krankenkasse der Tischler und die Erfahrungen und Wandlungen seit Mitte der achtziger Jahre erinnern. Wie oft wurden die genauesten Berechnungen und begründeten Hoffnungen über den Hausen geworfen, wie rasch war ein Ueberfluß immer wieder verschlungen und wie oft mußten die Beiträge erhöht resp. das Krankengeld herabgesetzt werden. Glaub' wirklich Jemand, daß es bei uns besser geben wird? Eine Krankenkasse kann wenigstens mit ihren Einnahmen sicher rechnen, da die Beiträge auch während der Krankheit und Arbeitslosigkeit weiter bezahlt werden müssen, was bei uns nicht der Fall ist.

Die Krankheit und deren Kosten lassen sich doch leichter und immerhin sicherer berechnen, als die Arbeitslosigkeit. Kollege Umbreit „glaubt“ zwar dasselbe bis 1906 resp. 1908 thun zu können, er hätte bloß beifügen sollen: „Wer's nicht glaubt, zahlt einen Thaler“, das hätte einen ansehnlichen Fonds abgegeben. Wir wissen nicht, welche politischen äußeren Entwicklungen oder Verwicklungen sich vollziehen können, ebenso wissen wir nicht, wie sich die Handelsbeziehungen und die Stellung des Großkapitals zu einigen Industriezweigen gestalten werden. Sollten alle diese Faktoren nebensächlich und einflusslos sein, bloß weil wir unsere Statistik und Beweise haben? Schon die letzte Abrechnung des Hauptvorstandes zeigt, wie die Einnahmen unter der schlechten Geschäftslage leiden und das ist erst der Anfang. Da wird es wohl für die Mitglieder das Beste und Klügste sein, wenn sie sich die Hände nicht weiter binden lassen, sagen sie jetzt A müssen sie in kurzer Zeit auch B sagen.

Ebenfalls bin ich der festen Ansicht, daß ein wöchentliches Gesamtbeitrag von 50 %, trotz der minimalen Leistungen, zur Nothwendigkeit wird. Vielleicht ¼ aller Mitglieder zahlen schon jetzt 30 % und mehr und daß die 12 bis 15 %, welche bleiben, aufgehen, dafür werden schon andere Leute sorgen. Bisher wurde immer ein „Fünferl“ erhöht, ohne ein Zehntel oder acht Reuntel Pfennige zu freizichen und immer fand sich Verwendung. Der letzten Beitragserhöhung wurde seitens der Mitglieder in der Vorau-

setzung zugestimmt, für längere Zeit wenigstens, bis sich auch das Einkommen der Mitglieder erhöht, mit diesen Mitteln auszukommen; jetzt, mitten im schlechten Geschäftsgang, kommt abermals die Forderung um höhere Beiträge, das ist das sicherste Mittel, einen großen Teil der Mitglieder auf den Scheideweg zu drängen. Anstatt etwas ökonomisch mit den Mitteln umzugehen, werden die Hunderte recht geringfügig behandelt und die Verwaltungskosten theilweise auf eine erstaunliche Höhe gebracht.

In einer Angelegenheit, die sich vielleicht durch einen Zehn-Pfennig-Brief regeln ließe, wird eine Reise gethan, sonst wäre es ja nicht möglich, daß in der stillen Zeit\*) die Ausgaben für Diäten und Fahrgehalte diese Höhe erreichten, wie sie in manchen Gausrechnungen verzeichnet sind. Unter Umständen erschöpft sich die ganze Weisheit des Betreffenden darin, mit mehr oder minder Geschick die Mitglieder auf ein Defizit vorzubereiten und für höhere Beiträge einzutreten. Das ist doch thätiglich ein Werfen mit Marktstücken nach Pfennigen.

Auch die planlose oder doch stark überreichte Anstellung von fest besoldeten Beamten, welche ihre Leistung natürlich ziemlich hoch einschätzen, hat hier mitgewirkt. Die jetzt verführte Schiebung zwischen Haupt-, Gau- und Lokaltasse wurde schon damals in Szene gesetzt und auch sonst wird in nicht ganz köstlichen Fällen dieser Trick versucht.

Von mancher Seite scheint der Verband mit einer Aktiengesellschaft verwickelt zu werden; es ist deshalb notwendig, die Herren davon zu erinnern, daß außer den Mitgliederbeiträgen, welche erst mühsam verdient werden müssen (Einigen mag es ja der Herr im Schlaf geben), keinerlei Mittel vorhanden sind, auch dann nicht, wenn die Zahl der Klassen verdoppelt wird. Auch in Zukunft wird sich eine Kasse nicht mit bloßen Wortschwall füllen lassen.

Nun mag Jeder selbst die Vergleiche anstellen und die Versicherungen auf ihren Werth prüfen. Mit 25 bis 30 % Wochenbeitrag sind die Kassen leer, aber mit weiteren 10 % will man Wunder wirken. Da gehört in der That ein Vergeßender Glaube dazu, noch besser wird es sein, diesen Gründerplänen und Gründertalenten eine gesunde Dosis Mißtrauen entgegen zu bringen.

Daß auch bei einem Beitrag von 50 % keine Verlegenheit entstehen wird, wo man das Geld hinbringen soll, dafür ist schon jetzt gesorgt; im Hintergrunde wartet ja das nett ausgearbeitete Pensionsgesetz, über das natürlich die Beamten selbst und in erster Linie entscheiden.

Ein Erfolgsgesetz und ähnliche Reformen werden nicht auf sich warten lassen, eine Kleinigkeit läßt sich also immer noch verwenden. Doch besser als weitere Worte wird die nächste Abrechnung des Hauptvorstandes den Mitgliedern die Lage vor Augen führen, mag sie Jeder ruhig und gewissenhaft prüfen; wer nicht ganz naiven Gemüths ist, wird dann zu der Ueberzeugung kommen, daß es in seinem persönlichen sowie im Interesse der Gesamtheit notwendig ist, sich die Hände frei und die Augen offen zu halten und ebenmüßig die Suppe Diejenigen auslöffen zu lassen, die sie einbroden.

**H. Fickert, München.**

In der Erwiderung des Kollegen Gerlicke auf mein Eingekandt in Nr. 50, nimmt derselbe Bezug auf sein Referat auf der Gaunferenz in Gölzig, und wirft mir grobe Fehler in der aufgestellten Berechnung, betreffend die Höhe der Wochenbeiträge, vor.

Diese Verurteilung auf das Referat ist sehr unglücklich gewählt, denn, trotzdem uns Kollege Gerlicke eine Verminderung der Prostitution und ein Herabsinken der Selbstmordziffer als Folge der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung in unserer Organisation in Aussicht stellte, hat er doch keinen einzigen Proselyten gemacht. Im Gegentheil, es hätte sogar nicht einmal meines Korreferates bedurft, um die Kollegen von der Unmöglichkeit der Einführung und auch Durchführung der Arbeitslosen-Unterstützung mit einer Erhöhung des Wochenbeitrages von 10 % zu überzeugen; das hatte Kollege Gerlicke, wenn auch wider Willen selbst gethan. Beweis: Die Ausführungen der Delegierten Stolpe (Grünberg) und Elliger (Gölzig).

Nun zu den groben Fehlern. Kollege Gerlicke wirft mir vor, ich hätte die aufgestellte Berechnung des Vorstandes nicht verstanden, daß dort wohl 47 000 angegeben sind, gemeint sind aber nur 18 000. Ja, das verstehe ich allerdings nicht. In Nr. 48 schreibt der Vorstand am Schluß der Veröffentlichung über die Arbeitslosenzählung wörtlich Folgendes: „Den so ergielten Kostenbeitrag von M 616,37 auf die insgesamt beteiligten 48 686 Mitglieder umgelegt, ergiebt, daß jedes Mitglied 1,27 % für den Tag zu zahlen gehabt hätte, was einem Wochenbeitrag von 7 % entspricht, gegen 12 1/2 % am 15. Februar. Nehmen wir jetzt den Durchschnitt dieser beiden Tage, so erhalten wir einen Wochenbeitrag von rund 10 %, welcher sich für die eigentlichen beitragszahlenden, d. h. nicht arbeitslosen und beitragsfreien Mitglieder auf circa 10 1/2 % erhöht. Nun haben wir bei der Veröffentlichung des Ergebnisses vom 15. Februar in Nr. 25 dieses Blattes schon nachgewiesen, daß die Arbeitslosigkeit am 15. Februar niemals als ein Durchschnittsverhältnis gelten könne. Erst wenn von unseren 70 000 Mitgliedern 47 000 Mitglieder innerhalb eines Jahres je 28 Tage arbeitslos wären, würde sich ein Durchschnittsverhältnis ergeben, welches demjenigen vom 15. Februar entspräche.“

In Nr. 50 habe ich aber bereits nachgewiesen, daß zur Unterstützung dieser 47 000 arbeitsloser Mitglieder, auch nur mit der geringsten Unterstützung von M 6 pro Woche, nach Abzug der ersten Woche, für welche es nicht geben soll, mindestens der dreifache Wochenbeitrag erforderlich sei, als wie er vom Vorstande in der vorstehenden Berechnung ange-

\*) Kollege Fickert täuscht sich bezüglich der geringen Zahl von Differenzen in der „stillen“ Zeit. Er mag nur einmal die Gausvorstandsberichte verfolgen, und er wird sich überzeugen, daß gerade jetzt die Differenzen gewaltig zugenommen haben, und daß die meisten ohne Eingriffe von außen wohl kaum ein befriedigendes Resultat gehabt haben würden. Die Kollegen verlangen nach Vermittelung durch die Gausvorsteher, und da bleibt in den meisten Fällen nichts anderes übrig, als zu reisen. Wir sind überzeugt, daß die Gausvorsteher solchen wenig angenehmen Missionen lieber mit einem Zehn-Pfennig-Brief aus dem Wege gehen würden, wenn es möglich und zweckmäßig wäre. Die Red.

gegeben ist. Wie man dann dazu kommen kann und verstanden: „Ja, von den 47 000 sind nur 18 000 unterstützungsberechtigt“, das verstehe ich allerdings nicht.

Sollte aber diese Moral gelten, daß von 47 000, durch gewissenhaftes Durchsieben nur 18 000, also der dritte Teil, eine Unterstützung bekäme, nun, so kann man nicht drastischer den Umwerf der Arbeitslosen-Unterstützung in unserer Organisation erklären.“

Ein fernerer Beweis, daß man nicht mit 10 % an eine allgemeine Durchführung der Arbeitslosen-Unterstützung denken kann, sind die Verbände der Handschuhmacher und Bäder, beide Verbände haben seit längerer Zeit diese Unterstützung eingeführt. Die Handschuhmacher haben den Beitrag von 45 % auf 60 % und die Bäder von 30 % auf 40 % erhöhen müssen.

Diese Erhöhung allein ist ja schon größer als wie bei uns der Beitrag überhaupt sein soll.

Ferner, in der Abrechnung des Gewerkevereins der Tischler, S.-D., für 1900, also für einen Zeitraum, in dem die Krise erst in den größten Industriorten einsetzte, heißt es folgendermaßen: Im Gewerkeverein der Tischler, der bei 8800 Mitgliedern allein für Arbeitslosen-Unterstützung über M 24 000 ausgegeben hatte, überstiegen die Ausgaben um lediglich M 12 000 die Einnahmen.

Der Gewerkeverein der Bildhauer verausgabte fast seine ganze Einnahme für Arbeitslosen-Unterstützung, so daß auch hier aus den Reserven ein Zuschuß von M 1500 zu leisten war. „In den erhöhten Ausgaben für Arbeitslosen-Unterstützung zeigt sich die Thatsache, daß es schon im Jahre 1900 weniger Arbeitsgelegenheit gab, als in den Jahren zuvor.“

Wie werden dann erst die Zahlen in der Abrechnung für 1901 aussehen?

Was hier für die Gewerkevereiner schon eingetroffen ist, würde doch wohl für unsere Organisation in bedeutend erhöhtem Maße zutreffen. Es ist wohl ohne weitere Beweisführung klar, daß die Mitglieder unserer Organisation, welche nicht an eine Harmonie und die Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit glauben, weniger nachgiebig und anpassungsfähig sind, infolgedessen auch eher und öfter arbeitslos werden, als wie die Mitglieder der Gewerkevereine. An diesen Beispielen aus der Praxis ergiebt sich nun aber ohne Weiteres, daß mit einem Wochenbeitrag von 10 % wohl an eine Einführung, nicht aber an die Durchführung der Arbeitslosen-Unterstützung gedacht werden kann.

Das einzig Sichere an der ganzen Sache ist: eine fortgesetzte Steigerung der Beiträge. Nun fragt es sich aber, ob eine solche Steigerung auf 40 bis 50 % (und soll die Unterstützung eine nur halbwegs ausreichende sein, so müssen wir auch noch mit höheren Beiträgen pro Woche rechnen) in unserer Organisation möglich ist oder nicht? Diese Frage ist nicht so leicht zu beantworten. In den großen Städten und in den Branchen unseres Verbandes, in denen ein halbwegs anständiger Lohn erzielt wird, würde es wohl keine so großen Schwierigkeiten bereiten; wie verhält es sich aber z. B. bei den Korbmachern im Allgemeinen und mit den Arbeitern in den zurückgebliebenen Gegenden? Auf unserer Gaunferenz ist festgestellt und Kollege Gerlicke hat es gehört, daß Wochenlohn, z. B. bei den Korbmachern im Riesengebirge, von M 6 bis M 8, „ohne Kost und Logis“, bezahlt werden; daß ferner in den weltberühmten Bader- und Touristen-Orten Warmbrunn, Hainberg, Jilberthal, Schmiedberg, Hermisdorf usw. trotzdem die Wohnungen und Lebensmittel, namentlich im Sommer, so theuer sind, wie in mancher großen Stadt, Stundenlohn von 16 % gezahlt werden. Wie hoch es aber noch weiter oben aus. In der Gegend am Culengebirge, in Langenbielau, Frankenstein, Glas usw. sind die Gefellen noch zum größten Theile bei dem Meister in Kost und erhalten M 2 bis M 3 Wochenlohn. Ist es dort möglich, von diesem Zinngeld, welches man „Lohn“ nennt, einen Verbandsbeitrag von circa 50 % zu erheben? So, wie die Verhältnisse in dem größten Theile von Schlesien liegen, so liegen sie auch in Posen, in Ost- und Westpreußen usw. Circa 20 000 Industriearbeiter gehen jährlich aus dem Osten nach dem Westen und verbleiben dort die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Diese Leute schreden wir mit den hohen Beiträgen zurück und treiben sie den sogenannten christlichen Vereinen in die Arme. Sieht es denn aber in einem großen Theile von Sachsen, am Harz und in Thüringen besser aus?

Kollege Pisp in Rosenheim belehrt uns in seinem letzten Eingekandt, daß es auch in Bayern Gegenden giebt, in denen dieselben traurigen Existenzverhältnisse bestehen, wie in den von mir angegebenen Gegenden. Jedmal besser als jede Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung (welche im Grunde genommen nur ein Ueberbleibsel des Elends ist), ist eine Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesen zurückgebliebenen Gegenden, in den kleinen Orten überhaupt. Dann wird auch der Zug nach den großen Städten nachlassen. Ganz von selbst wird dann auch die Arbeitslosigkeit auf ein normales Verhältnis zurückgehen. Wohl behaupten unsere Gegner, daß nur die Vergnügungssucht die Arbeiter aus den kleinen Orten in die Großstädte treibt, dieses ist aber so oft und nachdrücklich von unserer Presse jurüdgegründet worden, daß ich mir eine Beweisführung darüber ersparen kann.

Also nochmals, versuche man es mit allen dem Verbände zu Gebote stehenden Mitteln, diese Arbeiter der Organisation zuzuführen und zu erhalten; dazu ist aber eine Erhöhung der Beiträge das letzte Mittel. Zum Schluß giebt Kollege Gerlicke den Gegnern der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung den Rath, „nicht dagegen zu poltern und zu wettern“, sondern aufläutend in den Kollegentreifen

\*) Kollege Lindner irrt entschieden. Der Vorstand hat mit der Berechnung nichts weiter sagen wollen, als daß die Durchschnitts-Arbeitslosigkeit niemals so hoch sein wird, als am 15. Februar 1901, es infolgedessen auch niemals vorkommen wird, daß 47 000 von 70 000 Mitgliedern 28 Tage im Jahre arbeitslos werden. Es ist deshalb auch nicht anständig, nach dieser unmöglichen Norm den Beitrag zu bestimmen. Im Uebrigen muß doch einleuchten, daß geliebt werden muß, d. h. daß auch Alles eine Grenze hat und nicht jeder sich meldende Arbeitslose ohne Weiteres Unterstützung erhalten kann. Ob man der Durchschiebung, wie sie der Vorstand vorschlägt, zustimmen will, ist eine andere Frage. Die Redaktion.

dafür zu wirken. Ich beneide den Kollegen um sein kindliches Gemüth. So lange die Gegner von der Undurchführbarkeit der Sache überzeugt sind, haben dieselben auch die Pflicht, sich gegen dieses unbestimmte und gefährliche Experiment zu wehren, denn noch nie hat eine Erhöhung der Beiträge auch zu einer Erhöhung der Mitgliederzahl in unserer Organisation geführt. (? D. Red.) In unserer Organisation brauchen wir aber nicht nur die besser gestellten Arbeiter, sondern jeden, auch den schlechtestgestellten. Was nützt es uns, wenn wir infolge der hohen Beiträge in jedem Orte nur die bestgestellten Arbeiter in der Organisation haben, können wir mit denen allein in eine Lohnbewegung treten? Ich jage Nein, dazu brauchen wir alle, und zuerst die am schlechtestgestellten, diese fallen uns naturgemäß zuerst in den Rücken. **K. Lindner, Gölzig.**

Es ist doch eine allbekannte Thatsache, daß diejenigen Gewerkschaften, welche die höchsten Beiträge bezahlen, am stärksten organisiert sind. Da stellt sich doch der Buchdrucker-Verband das beste Zeugniß aus. Warum sind denn die Buchdrucker zu 90 % organisiert? Weil der Verband den Mitgliedern Vortheile bietet. Daß die Frage der Beitragserhöhung bei den Holzarbeitern so stark aufgeworfen wird, ist bedauerlich. Ich behaupte, daß diejenigen, welche überhaupt nicht gern zahlen, den Beitrag von 20 % ebenso ungern bezahlen, wie den von 40 oder 50 %. Die Meinung derjenigen Kollegen, die, weil sie eine feste, bauernde Stellung haben, Gegner der Arbeitslosen-Unterstützung sind, weil sie keinen Nutzen daraus ziehen, ist nicht am Platze in einer Gewerkschaft, in der Alle brüderlich zusammenhalten sollten. Die Arbeitslosen-Unterstützung kommt auch diesen Kollegen, wenn auch nur indirekt, zu Gute, da ihre Löhne durch Arbeitslose nicht herabgedrückt werden. Gerade hier ist die Arbeitslosen-Unterstützung eine Wacht im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen. Es trifft also garnicht zu, daß der Verband den Charakter einer Kampforganisation verliert, es ist vielmehr das Gegentheil der Fall. Am besten gefiel mir der Kollege, welcher in Nr. 52 noch die Staatshilfe anruft, die Arbeitslosen vor dem Muin zu retten. Ja, Necht hätte der Kollege schon, aber der Staat ist eben etwas schwerhörig, wenn er den Armen gerecht werden soll. Hier heißt es: Arbeiter! Hilf Dir selbst! Deshalb bin ich für höhere Beiträge. Zum Schluß meine ich noch, daß, wenn sämtliche Mitglieder gleich hohe Beiträge entrichten, es angebracht wäre, die kleineren Zahlstellen, welche weniger als 100 Mitglieder zählen, von den Extra-Lokalbeiträgen zu befreien. **Wilh. Rebmann, Mühlberg i. Th.**

Alle Kollegen, welche sich bis jetzt mit der Arbeitslosen-Unterstützung befaßt, waren bestrebt, die Höhe des erforderlichen Beitrages festzustellen. Es sind jedoch bis jetzt die Berechnungen der Kollegen so verschieden, daß man immer mehr im Zweifel ist, welcher Beitrag eigentlich ausreichen kann und auch ausreichen wird. Da nach Beschluß des Verbandstages in Nürnberg eine Urabstimmung über die Arbeitslosen-Unterstützung vor dem Zusammentreten des diesjährigen Verbandstages stattzufinden hat, so ist es aber unbedingt nöthig, auch darüber abzukommen, welcher Beitrag, bei Annahme der Arbeitslosen-Unterstützung, gezahlt werden soll. Man kann doch den Kollegen nicht zumuthen, sie sollen für Arbeitslosen-Unterstützung stimmen, und hintennach ist ihnen dann der Beitrag, den der Verbandstag schließlich festsetzt, viel zu hoch. Die Kollegen hätten dann aber A gesagt und müßten dann auch B sagen. Daß wir mit der Beitragserhöhung keinen zu großen Sprung auf einmal machen dürfen, dürfte wohl der großen Mehrzahl der Mitglieder bekannt sein. Haben wir doch jetzt schon viele Kollegen auf den Dörfern sowie auch in den Städten, deren Verhältnisse nicht die rosigsten sind, d. h. denen der jetzige Beitrag schon zu hoch ist. Hauptsächlich in den kleinen Städten haben die Kollegen sehr viel für die Arbeiterbewegung zu leisten, da man dort in der Gewerkschaft in der politischen Organisation und in den sonstigen Arbeitervereinigungen und Kassen immer nur dieselben sieht und dazu kommen noch Extraversammlungen der verschiedensten Art.

Obwohl ich gerade kein Gegner der Arbeitslosenunterstützung bin, so verspreche ich mir aber doch nicht viel davon, schon aus dem einfachen Grunde, da sie ja doch nur auf Kosten der Kollegen durchgeführt wird. Bis jetzt war es unsere Taktik, bei einer Geschäftstodung bei den Unternehmern dahin zu wirken, die Arbeitszeit zu beschränken, um Entlassungen zu verhüten, und dieses immer mit Erfolg. Es bleibt aber noch eine Frage der Zukunft, ob die Unternehmer, wenn sie wissen, daß die Kollegen Arbeitslosenunterstützung erhalten, sich auch auf die Arbeitszeitbeschränkung einlassen, welche doch sicher höhere Betriebskosten erfordert, oder ob sie es nicht vorziehen, diese Kosten zu sparen und die überflüssigen Arbeiter zu entlassen. Dies Alles sind Punkte, welche mit berührt werden müssen. Ich habe die Meinung, daß die Kollegen die Kosten zu zahlen haben und die Unternehmer haben den Vortheil. **G. Weill, Brindorf.**

Die Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung mit einem Beitrag von 10 % pro Woche gilt als erwiesen. Es ist dieses in den Berechnungen des Vorstandes allgemein verständlich dargelegt; jeder Kollege kann die Berechnungen selbst durchrechnen. Material als Grundlage ist ihm in der Februar- und Augustzählung ja geboten. Ich nehme vorläufig von einer Veröffentlichung meines Zahlenmaterials Abstand und zwar, weil es sich im Wesentlichen mit dem des Vorstandes deckt, andererseits, um den Raum dieses Blattes nicht allzu sehr zu beanspruchen.

Die Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung scheitert zunächst an der Erhöhung des Beitrages. Der Nürnberger Verbandstag hat die Arbeitslosenunterstützung angelehnt, der hereinbrechenden Krise abgelehnt. Die Befürworter sind in dem Glauben, bei der Urabstimmung wird dieselbe angenommen, die Gegner dagegen nehmen an, sie wird abgelehnt. Beide Theile haben also mit gutem und ruhigem Gewissen für den Antrag auf Urabstimmung stimmen können.

Der Antrag des Vorstandes ist doch nur deshalb abgelehnt worden, weil jeder Delegirte sich sagte, die Prosperität der guten Jahre neigt ihrem Ende zu und daher dürfte man die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, wo der wirt-

schaffliche Niedergang vor der Thür stand, nicht wagen. Heute haben wir uns nur die eine Frage vorzulegen, können alle Kollegen den erhöhten Beitrag um 10 %, also einen Wochenbeitrag von 35 %, bezahlen; diese Frage richtig zu beantworten, ist schwer. Berücksichtigt man die augenblickliche Geschäftslage, muß sie verneint werden, treffen aber die Berechnungen des Kollegen Umbreit zu, wonach die Krise erst 1904 ihren Höhepunkt überschreitet, so muß angesichts dieser tieftraurigen Ausichten diese Frage ganz entschieden mit nein beantwortet werden. Da nun bei der Urabstimmung also ein Beitrag von 35 % pro Woche das Motiv für Ja oder für Nein bestimmend ist (Das ist doch noch nicht ausgemacht? D. Red.), und wir doch vor allen Dingen diejenigen Kollegen, welche mit M. 12 bis M. 16 pro Woche (nach der Statistik von 1897) nach Hause gehen, in Berücksichtigung ziehen müssen, da auf absehbarer Zeit ihre Lage sich nicht verbessern wird, also einen Beitrag von 35 % nicht bezahlen können und demzufolge dem Verband den Rücken kehren. So haben die bestgestellten Kollegen aus Solidaritätsgefühl ohne Ausnahme gegen die Arbeitslosenunterstützung zu stimmen, um so den Vermitteln in unserer Reihen die weitere Mitgliedschaft zu ermöglichen. Daß sich heute in der Krise Kollegen finden, welche für die Arbeitslosenunterstützung Propaganda machen, ist kaum glaublich, ja, sogar die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ hat sich mit Leib und Seele der Arbeitslosenunterstützung angenommen, wo bleibt da die Konsequenz von Nürnberg und heute? Dieselbe hat Schiffbruch gelitten an dem Wohlergehen sämtlicher Kollegen. (Uns verständlich, D. Red.)

Noch einige Worte zu der Zahlenflut des Kollegen Umbreit. Wenigen dürfte es vergönnt sein, dieses Material auf seine Wichtigkeit prüfen zu können. Ich habe mir die größte Mühe gegeben, einzelne Positionen nachzurechnen, seiterte aber immer wieder an meinem verfügbaren Material. So bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß seine Berechnungen mehr sinnverwirrend als überzeugend für die Masse wirken, was für mich als Gegner eine gewisse Genugthuung ist. Eines aber wird von jedem aufmerksamen Leser des Umbreit'schen Artikels entdeut werden (die Redaktion hat schon kurz darauf hingewiesen), daß der Kollege Umbreit die Arbeitslosenunterstützung auf jeden Fall durchzuführen will, selbst auf die Gefahr, daß der wirtschaftliche Kampf darunter leidet. Mir persönlich hat sich die Ueberzeugung aufgedrängt, als wenn der Kollege Umbreit die in Nürnberg beschlossene Beitragserhöhung von 5 % für die Arbeitslosenunterstützung verwenden will. Dagegen müssen wir uns denn doch entschieden wehren. Ich vertritt den Standpunkt, daß in der Zeit der Krise die Arbeitslosenunterstützung nicht eingeführt werden kann. **Wohlg. Ungelsh, Behe bei Bremerhaven.**

Wenn wir bei der Beurteilung der vorliegenden Frage nicht aus dem Auge lassen, daß der Verband doch nur den Zweck hat, die Lebenslage der daran Beteiligten zu heben, werden wir meines Erachtens schneller zu einem Resultat kommen.

Unsere Lebenshaltung können wir nun unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur dadurch heben, indem wir suchen, für die Baare Arbeitskraft unter möglichst günstigen Bedingungen einen möglichst hohen Preis zu erhalten. Dies ist aber nur dann möglich, wenn wir — wie die Unternehmerverbindungen auf dem Weltmarkt — das Angebot verringern. Wenn diese Synthese beschließen, die Erzeugung von Baaren einzuschränken, so halten sie die davon Betroffenen Werte schablos, weil ohne dieses die Durchführung einer solchen Maßregel unmöglich wäre.

Wenn wir Arbeiter nun aber das Angebot einschränken, indem wir von den Kollegen verlangen, unter bestimmten Bedingungen zu arbeiten, so müssen wir — wollen wir diese Forderungen erfüllt durchsetzen, die davon Betroffenen schablos halten. Ist uns dies nun zur Zeit nicht voll und ganz möglich, so ist immerhin auch ein kleiner Anfang zu begrüßen.

Ein Familienvater, der in den Feiertagen noch M. 6—10 Unterstützung erhält, wird so leicht, wie sonst, nicht schlecht bezahlte Arbeit annehmen und Mancher, der heute in Arbeit steht, wird zum Wohlwollen des Arbeitgebers auch als Einzelner entschuldigen zurückweisen — selbst in den Zeiten der Krise —, wenn er weiß, daß nach etwaiger Lösung des Arbeitsverhältnisses nicht gleich die krafftste Noth seiner wartet.

Daß sich der Staat, der Vertreter der besitzenden Klassen, in ablehnender Zeit der Arbeitslosen ernstlich annimmt, wird wohl Keiner von uns erwarten. Es ist aber ein schönes Ding mit der Kampfesfreudigkeit, lebendig aus der Ueberzeugung, daß man für ein hohes Ziel kämpft, nur darf man dabei nicht vergessen, daß der Hunger härter ist als die meisten Charaktere, daß dem eigenen Hunger und die Liebe zu den nothleidenden Seinen auf die Dauer auch ein starker Charakter selten Stand hält.

Nicht aus Liebe, nicht aus Mitleid müssen die Arbeitenden für die Arbeitslosen sorgen, sondern in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse, im Interesse an der Erhaltung und Sicherung ihrer Existenz.

Das zur grundsätzlichen Frage. Ob aber nun die Kollegen in den kleinen Orten und den schlecht bezahlten Berufen fähig und gewillt sind, diese Mehrbelastung zu tragen, das ist eine andere Frage, zu der sich diese vor Allem selbst äußern mögen. **Fr. Riquier, Hannover.**

Wenn vielleicht einzelne Mitglieder unseres Verbandes noch der Meinung sein sollten, daß durch die Arbeitslosenunterstützung eine Verjüngung in der Organisation eintrete, und sie mit den Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereinen auf eine Stufe zu setzen kommen würde, so ist das sicher nicht ernst zu nehmen. In unserer Organisation soll die Arbeitslosenunterstützung nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck sein. Die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine haben noch nie einen Kampfescharakter gehabt, können also auch keinen einbüßen. Keiner der heutigen freien Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung zahlen, wird nachgesagt werden können, daß sie einer Verjüngung nahe sei. Der Metallarbeiterverband hat bewiesen, und viele andere auch, daß neben der Arbeitslosenunterstützung der Kampf um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen nicht vernachlässigt wird.

Auf jeden Fall ist es richtig, daß die Kollegen ein besseres Interesse für die Organisation haben, wenn

sie im gegebenen Falle vor äußerster Noth geschützt sind. Es liegt ja klar auf der Hand, daß die Widerstandskraft der Arbeiter mehr erhalten bleibt, wenn sie der äußersten Noth nicht preisgegeben sind. Die gegenwärtigen Zustände führen leider viele arbeitslose Kollegen in Verjüngung und deren Familien in einen unheilvollen Zustand. Dem Verband gegen diese Kollegen verloren, und schwer sind sie, falls bessere Zeiten wieder eintreten, wieder für den Verband zu gewinnen. Vielen ist die Widerstandskraft gebrochen und sind dauernd der Verjüngung anheimgefallen. — Auf die Namen und skalieren will ich mich nicht einlassen, seit Jahren ist genug mit Zahlen operiert worden. Ich hoffe, daß der nächste Verbandstag betreffs der Höhe der Beiträge und der Höhe der Unterstützung eine richtige Norm finden und die Einführung mit großer Mehrheit beschließen wird. **Franz Bauer, Berlin.**

Kollege Umbreit-Hamburg führt in seiner Berechnung an, daß 1905 die Arbeitslosigkeit in unserem Verband sechs Prozent betragen solle, er will die Arbeitslosenunterstützung mit 10 % Beitragserhöhung inkl. Verwaltungskosten durchführen. Kollege Umbreit rechnet mit dem Beitrag von rund 70.000 Mitgliedern. Er muß sich aber sagen, daß bei vier, fünf und sechs Prozent Arbeitslosigkeit viele Kollegen ¼ und ½ Jahr ohne Arbeit sind und man von ihnen nicht verlangen kann, daß sie nach ihrer Aussteuerung in einer verdienstlosen Zeit Beiträge zahlen sollen. Die angenommene Zahl wird sich also nur etwas verringern und demgemäß auch die Einnahmen des Verbandes.

Die Ausgaben für die Verwaltungskosten der Arbeitslosenunterstützung will Umbreit aus der Verbandskasse befreien, d. h. auf Kosten derjenigen Mittel, die ohnehin zur Führung von Lohnkämpfen nicht ausreichend waren. Lieber möge man die Beiträge erhöhen, damit die wirtschaftlichen Kämpfe besser durchgeführt werden können. Die Arbeitslosenunterstützung ist geeignet, die Kollegen von unseren sozialen wirtschaftlichen Zuständen abzulenken.

Haben wir die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, wird es nicht lange dauern, so müssen die Beiträge erhöht werden. Ich bin der Meinung, daß zur Durchführung ein Beitrag von 40—45 pro Woche nötig ist. Auch bin ich der Meinung, daß vielen Kollegen mit geringem Lohn der Beitritt durch die Erhöhung der Beiträge erschwert wird. Wenn man sich darauf beruft, daß andere Gewerkschaften doch auch die Unterstützung mit Erfolg eingeführt haben, so bedauere ich, daß die Gewerkschaften eine Pflicht des Staates auf sich genommen haben.

Wer es aufrichtig mit seiner gewerkschaftlichen und politischen Auffassung meint, der muß gegen die Arbeitslosenunterstützung sein. Die Gewerkschaften müssen die jungen Kollegen erziehen zu klassenbewußten Kämpfern. Dieses kann nur geschehen durch geistige Aufklärung, Lohnkämpfe, Versammlungen usw., aber nicht durch großen Unterstützungskram. **Karl Sebert, Obernandorf b. Rabenau, Sachsen.**

Wenn man die verschiedenen Auseinandersetzungen betreffs Einführung der Arbeitslosenunterstützung näher betrachtet, so wird man finden, daß von den Befürwortern derselben rechnerisch sehr viel geleistet worden ist, um zu beweisen, daß mit einer geringen Beitragserhöhung die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden könne. Man mag vielleicht Recht haben. Ich für meinen Theil bezweifle dies, denn die Erfahrung der letzten Jahre hat uns gelehrt, daß selbst unser jetziger Beitrag von 25 % nicht ausreichend ist, um größere Kämpfe durchzuführen; es müßten Extrabeiträge erhoben werden (Berlin), und bei München sah sich der Vorstand veranlaßt, Anleihen aufzunehmen. Am allerwenigsten ist es bei einem Beitrag von 35 % mit Arbeitslosenunterstützung möglich, größere Kämpfe, welche uns jedenfalls noch treffen werden, durchzuführen.

Auch wird es sich zeigen, daß wir einen großen Zuwachs an Mitgliedern haben werden, welche ihr Hauptaugenmerk auf die Ausbeutung unseres Verbandes legen werden.

Während hingegen einem großen Theile unserer älteren Mitglieder der jetzige Beitrag schon zu hoch ist, wie viel mehr noch, wenn wir die Arbeitslosenunterstützung einführen und nach Rechnung des Vorstandes 35 % pro Woche bezahlen sollen. Ein großer Theil unserer verheirateten Mitglieder, welche jetzt noch mit Mühe dem Verbands erhalten bleiben, wird uns dadurch verloren gehen. Die Jahre lange Agitation, welche den kleinen Städten zu Theil geworden ist, wäre dann vollständig nutzlos gewesen und manche kleine Bahnhöfe, welche heute besser organisiert ist, als verschiedene Großstädte, würde dann in Nichts zusammen schrumpfen. Man möge nur mal nach Schlesien, Ost- und Westpreußen, und Pommern, Brandenburg und Posen blicken, wo nur mit Mühe unsere Organisation in den verschiedensten Orten Fuß gefaßt hat, wie viel da wieder verloren gehen wird.

Des Weiteren muß hierbei auch noch beachtet werden, daß ein großer Theil kleiner Städte als Konkurrent der großen Städte da ist und die Arbeiten nach denselben liefert. Ist dann die Organisation in den kleinen Städten eine gute, so wird dies nicht so schädlich sein, als wenn dieselbe schwach und bedeutungslos ist. Vorstehendes mögen diejenigen, welche so sehr für Einführung der Arbeitslosenunterstützung eintreten, ebenfalls in Betracht ziehen und nicht durch einseitiges Vorgehen etwas schaffen, während andererseits eben so viel wieder vernichtet wird.

**Richard Jacob, Peine.**  
Die Arbeitslosen-Unterstützung ist meines Erachtens noch nicht spruchreif, wenigstens für kleine und mittlere Städte, denn die Hauptsache an der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung liegt doch lediglich nur an der Erhöhung der Beiträge, ganz gleich, ob 10 oder 25 % mehr Beitrag. So anerkennt man auch das sorgfältige Material zur Einführung ist, so sind die Löhne nicht so gestellt (zumal bei den jetzigen Zeiten), daß sie durch die Arbeitslosen-Unterstützung eine Beitragserhöhung betragen können. In der guten Konjunktur hieß es vorwärts, mußte aber erst an das Organisieren gedacht werden. War Alles vorbereitet zum Vorgehen, so machte der Hauptvorstand einen Strich dadurch, weil eine größere Stadt (Berlin oder München) im Streit stand und kein Geld für ein weiteres Vordringen da war, so daß selbst der Vorstand vom Rechte der Extrabeiträge Gebrauch machen mußte. Die schönsten Zeit verwich, die Klein- und Mittelstädte sahen theils

von ihrem Vorhaben ab, weil dann zu spät; die anderen hatten nur theilweise Erfolge. Jetzt wäre es nun am Platze, während der Krise die Masse zu stärken und die Kollegen zu stärken, um bei eintretender besserer Periode wohlgerüstet auf dem Felde zu erscheinen. Ich wäre doch gern neugierig, wieviel Klein- und Mittelstädte einen Durchschnittslohn von mindestens M. 18 aufweisen könnten; wenigstens in Thüringen weiß ich keine. Hat es die Organisation soweit gebracht, daß wenigstens annähernd auskömmliche Löhne gezahlt würden, dann würde die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung rasch gelöst sein und nicht auf solchen Widerstand stoßen, denn die Arbeitslosigkeit in den kleinen Städten ist im Verhältnis genau dieselbe, wie in einer Großstadt. Die Organisationen, welche eine Arbeitslosen-Unterstützung haben, sind theils besser organisiert, theils werden die Arbeiter besser entlohnt als die Holzarbeiter. Man könnte dann auch gleich noch mit Wittwen- und Waisenunterstützung vorgehen, um den Buchdruckern nachzutommen und nicht immer an den Beiträgen herumzwickeln.

Bei der letzten Erhöhung der Beiträge ist doch hauptsächlich für bessere Fundirung der Kasse, um bei Lohnbewegungen nicht in Skalimitäten zu geraten, sowie mehr Werth auf die Organisationen zu legen, pläbirt worden, dies hat der große Theil der Kollegen anerkannt und für eine Erhöhung gestimmt. Unsere Zahlstelle hat gegen zwei Stimmen für Erhöhung gestimmt, aber bei einem Antrage um 5 % Lokalbeitrag sich einstimmig dagegen erklärt, weil die Staats-, Kommunal-, Kranken- und sonstigen Ausgaben, Lebensunterhalt, Mieten zc. fortwährend steigen, die Löhne in den kleinen und mittleren Städten aber nicht gleichen Schritt halten und 25 % als ausreichend gehalten wurden. Dann diese fortwährenden Sammellisten von anderen Gewerkschaften sowie Gewerkschaftskartellen nehmen die Kollegen zu sehr in Anspruch, daß sie lieber vorziehen, die Versammlungen zu meiden. Wohl könnten hier Vorwürfe gemacht werden, für Klimbimvereine ist immer Geld da, das trifft auch in vielen Fällen zu, aber beiseite gelassen wir das noch nicht, haben somit auch nicht mit solchen Mitgliedern zu rechnen, da es doch nicht immer die nachlässigsten Mitglieder sind. In den kleinen Städten ist es einmal so. Ich meine, der Holzarbeiterverband sollte, wie bisher, Werth darauf legen, daß er seinen Charakter als Organisation, die für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpft, behält und nicht immer mehr Unterstützungsanstaltungen schafft, welche immer höhere Beiträge bedingen und schließlich dahin führen, daß wir mit den Hirsch-Dunder'schen gemeinsame Sache machen können.

Ich unterschätze den Nutzen der Arbeitslosenunterstützung nicht, aber wenn man keine Unterstützung zahlen kann, welche einigermaßen auskömmlich ist, so soll man es lieber lassen. M. 6 sind doch etwas gering, man weiß nicht, was man damit machen soll und mehr als M. 6 verlangt eine bedeutendere Erhöhung der Beiträge. Die Behauptung, daß die Kollegen nicht für jeden Preis die Arbeit annehmen, ist ebenfalls nicht stichhaltig, denn die Hauptaufgabe des Verbandes ist noch lange nicht erfüllt, so lange wir mit der großen Masse Indifferenter zu thun haben.

Zur Uebrigem bin ich mit dem Artikel des Kollegen E. Schredl-Vielefeld in Nr. 52 einverstanden und schließe mit seinem letzten Absatz vollständig ab.

**Otto Kraft, Börsen i. Th.**

In der jetzt zur Erörterung stehenden Frage der Arbeitslosenunterstützung wird von Seiten der Kollegen, die prinzipiell Gegner der Einführung sind, die Ansicht vertreten, der Verband ginge seines Charakters als Kampforganiation verlustig bezw. es bedeute ein Verlassen des Klassenkampfes, wenn die Arbeitslosenunterstützung eingeführt würde; dieser Ansicht kann ich mich durchaus nicht anschließen. Nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zu dem Zweck, den ökonomischen Kampf gegen das Unternehmertum besser führen zu können, den Kollegen im Kampfe als Stütze zu dienen und gerade jetzt, wo die Unternehmer es sich herausnehmen, jeden ihnen unbequemen Arbeiter durch Arbeitslosmachung zu bestrafen, müßten wir bedacht sein, dieses zu pariren durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Wenn ausgeführt wird, die Gewerkschaftsorganisation hätte dahin zu wirken, die Sozialisirung der Produktionsmittel zu erreichen, so meine ich, giebt es noch andere Organisationen, denen sich klassenbewußte Arbeiter anschließen können.

Da aber aller Voraussicht nach bis zur Sozialisirung der Produktionsmittel noch leider ein weiter Weg ist und wir gezwungen sind, den Kampf gegen unsere wirtschaftlichen Gegner täglich zu führen, müssen wir alle Mittel anwenden, die geeignet sind, unsere Position dem Unternehmertum gegenüber zu verbessern und als solches sehe ich auch die Arbeitslosenunterstützung an, in der Solidarität der arbeitenden, den arbeitslosen Kollegen gegenüber, da kann von einer Verflechtung der Gegensätze, denn die sind garnicht zu verflechten, von einer Anerkennung und Unterordnung unter die privatkapitalistische Produktionsform keine Rede sein; auch den Hinweis, daß der Staat die Pflicht hätte, für Unterstützung der Arbeitslosen einzutreten, kann man nur als eine greuliche Inkonsequenz bezeichnen; denn von dem heutigen Staat, von dem Verwaltungsausschuß der besitzenden Klassen kann man für die Arbeiterklasse nichts erwarten, es würde nur die Machtmittel des Staates vermehren, was zu vermeiden wir alle Veranlassung haben.

Es wird betont, viele Kollegen hätten gar kein Interesse an der Einführung der Arbeitslosenunterstützung, weil sie garnicht daran dächten, arbeitslos zu werden; das sind dieselben Kollegen, die auch sonst mehrentheils brauchen den Verband nicht, die als Stützen des Unternehmers dienen und jeder Zumuthung derselben willenlos nachkommen, die nur darauf bedacht sind, in den Werkstätten die besten Plätze für sich zu okkupieren und sie so lange festzuhalten, bis sie, wenn sie sich abgeradert haben, vom Unternehmer den Gnadenplatz zugewiesen erhalten; diese Kollegen können wir ruhig außer Betracht lassen, mit denen ist auch ohne Arbeitslosenunterstützung nichts anzufangen, das Solidaritätsgefühl muß bis zur Unterstützung der Arbeitslosen reichen.

Ueber die Höhe der Arbeitslosen-Unterstützung kann man ja verschiedener Meinung sein, ich möchte sie so bemessen wissen, daß sie im Minimum von der Hälfte des Durchschnittslohnens ansteigt, da nun die Löhne im ganzen Reich verschieden sind und auch schon angeführt wurde, daß an verschiedenen Orten dieselben so niedrige seien und daher

von den dort beschäftigten Kollegen nicht verlangt werden könnte, den erhöhten Beitrag zu zahlen, so würde ich vorschlagen, die Beitragserhöhung bezw. Arbeitslosenunterstützung zu gruppieren und zwar in drei Gruppen:

1. Die Orte bis A 15 Durchschnittswochenverdienst; diese Gruppe könnte man ganz von der Arbeitslosenunterstützung ausschließen, da dort auch meist die Voraussetzungen zu derselben fehlen, jedoch könnte es den einzelnen Zahlstellen oder Einzelmitgliedern überlassen bleiben, sich derselben anzuschließen.

2. Die Orte mit einem Durchschnittswochenverdienst von A 15 bis A 21: wöchentliche Arbeitslosen-Unterstützung A 7,50 bis A 10,50.

3. Die Orte mit über A 21 Durchschnittswochenverdienst: wöchentliche Arbeitslosenunterstützung A 10 bis A 18.

Der Anspruch auf Unterstützung beginnt nach einjähriger Mitgliedschaft vom dritten Tage der Arbeitslosigkeit an, mit fälliger zehntägiger Unterstützungsberechtigung.

Die Berechnung des zur Durchführung der Unterstützung notwendigen Wochenbeitrages überlasse ich dem Vorstand, weil er, da er das nötige Material in Händen hat, am besten dazu in der Lage ist.

Am unsympathischsten war mir der Vorschlag, zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung die Verbandstafel in Anspruch zu nehmen; das darf auf keinen Fall eintreten. Dasselbe soll vielmehr auch ein Mittel zu dem Zwecke sein, die aggressive Tendenz des Verbandes zu stärken, den Mitgliedern zum Schutz, den Unternehmern zum Trutz.

A. Krohse, Berlin.

Hundsdian.

Zu großen Arbeitslosendemonstrationen ist es in der zweiten und dritten Januarwoche in Frankfurt a. M. gekommen. Hunderte von Arbeitslosen, die jeden Nachmittag sich auf dem Hofmarkt sammelten, um dort die Ausgabe des Arbeitsmarkt-Extrablattes des „General-Anzeigers“ zu erwarten, zogen am 9. Januar und die folgenden Tage ohne organisatorische Vorbereitung und ohne Verabredung von da durch mehrere Straßen der Altstadt nach der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle am Main-Quai. Dort gingen die Demonstranten, zu denen sich unterwegs allerlei Müßiggänger gesellten, auseinander. Obwohl diese NotstandsDemonstrationen von Ausschreitungen oder Erpressen freibleiben, haben sie der Polizei doch verschiedentlich Anlaß zum „Einschreiten“, wie man das Dreinschlagen mit Säbeln und Gummischläuchen polizeitechnisch nennt, gegeben. Von einer ernstlichen Fürsorge für die Arbeitslosen ist auch jetzt noch nicht die Rede, obwohl von allen Seiten anerkannt wird, daß diese Demonstrationen nur dieser Gleichgültigkeit der herrschenden Klassen und der dadurch hervorgerufenen Erbitterung der Arbeitslosen zuzuschreiben sind.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der Zahlstelle T 5 n n i n g wird hiermit antragsgemäß die Genehmigung erteilt, vom 26. Januar d. J. ab einen lokalen Beitrag von 6 A pro Woche zu erheben.

Desgleichen antragsgemäß wird der Zahlstelle P a r c h i m die Genehmigung zur Erhebung eines lokalen Beitrages von 10 A pro Monat mit Wirkung vom Monat Januar ab erteilt.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitglieds-karten werden hiermit für ungültig erklärt:

- 70040 Albert Bieg, Tischler, geb. 6. 8. 77 zu Rontz.
78309 Max Lange, Stuhlbauer, geb. 26. 10. 83 zu Nassau i. Erzgeb.
80736 Sebastian Müller, Schreiner, geb. 30. 1. 77 zu Ballroth.
92878 Heinemann, Tischler, geb. 23. 3. 80 zu Bielefeld.
96593 Hugo Kleeberg, Drechsler, geb. 27. 11. 81 zu Geringswalde.
104884 Friedrich Wehner, Tischler, geb. 27. 1. 75 zu Voslapp.
106766 Johann Metz, Schreiner, geb. 21. 5. 75 zu Eschenthal.
109881 Richard Haffner, Tischler, geb. 5. 2. 65 zu Memel.

Stuttgart, den 18. Januar 1902.

Der Vorstandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

17. Gau. Vorort Bremen.

In der am 11. Januar 1902 stattgefundenen Generalversammlung der Zahlstelle Bremen wurden folgende Kollegen in den Gauvorstand neu resp. wiedergewählt: Rich. Schmidt als Gauvorsteher, Heinz Lages als Stellvertreter, Heinz Schmidt als Gauassessor, Heinz Meyer als Schriftführer und Gustav Steinicke als Beisitzer. Korrespondenzen sind zu richten an Rich. Schmidt, Bremen, Grundstr. 25; Selbstendungen an Heinz Schmidt, Bremen, Grundstr. 25.

Der Gauvorstand. J. A.: Rich. Schmidt.

23. Gau. Vorort Stuttgart.

In der Versammlung der Stuttgarter Zahlstelle am 11. Januar wurden die Kollegen Daniel, Müller, Raab, Waag und Weber in den Gauvorstand gewählt. In der Sitzung des neugewählten Vorstandes am 18. Januar wurde Raab zum Gauvorsteher, Daniel zum Kassier und Waag zum Schriftführer bestimmt.

Kollegen! Wir werden es uns auch im Jahre 1902 angelegen sein lassen, die Agitationsarbeit für den 23. Gau energisch in die Hand zu nehmen. Hat unser Gau auch im vergangenen Jahre um 88 Mitglieder zugenommen, so steht diesem Zuwachs doch die Thatsache gegenüber, daß in dem gleichen Zeitraum 1862 Mitglieder neu aufgenommen wurden. Unter 100 württembergischen Holzarbeitern sind 20,75 organisiert. Wenn dieses Verhältnis anders werden soll, bedarf es bei

Mitarbeit sämtlicher Kollegen. Thun Alle Ihre Schuldigkeit, so können wir das begonnene Jahr bestimmt besser abschließen. J. A.: G. Raab.

25. Gau. Vorort Freiburg i. Baden.

Nachdem von keiner Zahlstelle Einwendungen gegen unsere am 4. d. M. verschickte Einladung zur Gaukonferenz erfolgt ist, geht der Gauvorstand folgende Tagesordnung bekannt: 1. Mandatsprüfung; 2. Vorstands- und Kassensbericht; 3. Situationsbericht der Zahlstellen. 4. Arbeitslosen-Unterstützung. Referent: Vertreter des Zentralvorstandes. Korreferent Kollege Umthauer. 5. Agitationschema. 6. Verschiedenes. Gelegentlich der bisher abgehaltenen Gaukonferenzen hat sich gezeigt, daß ein Tag für die Verhandlungen derselben nicht ausreichend war. Dieses erklärt sich ja auch aus den geographisch weitläufig gelegenen Zahlstellen. Wir haben uns deshalb genötigt, dieses Jahr zwei Tage für die Verhandlungen in Aussicht zu nehmen, wie es ja auch Wunsch der letzten Konferenz war.

Die Verhandlungen finden am 9. und 10. Februar, als am Fastnacht-Sonntag und Montag, in Freiburg, im Gasthof „Zum Hirschen“, Veroldstraße, statt, und ersuchen wir alle Zahlstellen unseres Gaues, sich durch Delegierte, die sich durch Mandat ihrer Zahlstelle zu legitimieren haben, vertreten zu lassen.

Für den 9. und 10. Februar haben wir uns aus Sparsamkeitsrücksichten entschlossen, in der wohl richtigen Voraussetzung, daß der Fastnacht-Montag überall als Feiertag gehalten wird und somit für die Delegierten ein Ausfall des Arbeitslohnes nicht in Betracht kommt.

Die Delegierten werden ersucht, am Sonntag Morgen so zeitig hier einzutreffen, daß die Verhandlungen um 9 Uhr eröffnet werden können.

Das Empfangscomité wird die Delegierten am Bahnhof erwarten. Erkennungszeichen: „Holzarbeiter-Zeitung“. Der Gauvorstand. J. A.: H. Christensen.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Dresden. Die hiesigen Hutfabrikanten haben sich in letzter Zeit in einer verhältnismäßig großen Zahl dem Verbanne angeschlossen. Die Kollegen hoffen, bei tüchtiger Agitation auch die noch fernstehenden heranzuziehen. Auch in dieser Branche wirt die Krise ihre Schatten. Bei der Firma Grühl wurde einem Mann angekündigt, daß er in 14 Tagen gehen kann, trotzdem sich Herr Grühl kontraktlich verpflichtet hat, ihn noch längere Zeit zu einem bestimmten Wochenlohn zu beschäftigen. Die Gründe, welche angeblich Herrn Grühl berechtigen, den Kontrakt zu brechen, sind so fadenscheinig, daß das Gericht ihn jedenfalls eines Besseren belehren wird. Den Hauptgrund hat er offen zu geben, er bekomme Leute für denselben Wochenlohn, welche die Wochenfeiertage und Ueberstunden nicht bezahlt verlangten. Auch einem anderen Kollegen, welcher im Wochenlohn steht, will er die Feiertage abziehen. In der Saison keine Ueberstunden und in der stillen Zeit keine Feiertage bezahlen, das paßt so den Herren. Die Kollegen erwarten, daß unter solchen Bedingungen kein Kollege arbeiten wird. Dieser Fall beweist aber auch, wie notwendig eine kraftige Organisation ist, um derartigen Machinationen wirksam entgegenzutreten zu können.

Emmendingen i. Baden. Ebenso wie andernwärts geht es auch hier Arbeitgeber, die die jetzige schwere Zeit sich zu nütze machen. Vor etwa zwei Jahren wurde hier von Stalinski & Co. eine Fabrik für physiographische Apparate und Chemikalien gegründet. Anfangs fiel es dieser Firma sehr schwer, tüchtige Arbeiter zu bekommen. Nach und nach gelang es durch schöne Versprechungen, Leute aus Dresden und Görlitz, die in dieser Branche bewandert waren, herüber zu locken. Die meisten waren aber sehr enttäuscht, und ein großer Teil kehrte Emmendingen bald wieder den Rücken. Erst im letzten Jahre gelang es, die Wunde mit Arbeitskräften anzufüllen; aber mit diesem Zeitpunkt ging auch die Schilantung der Arbeiter durch den Werkführer und den Prinzipal Stalinski i., welche mit der Zeit immer schärfer wurde und zur Zeit geradezu unerträglich ist. War die Behandlung im ersten Jahre eine gute zu nennen, so ist sie jetzt das Gegenteil, so daß die Arbeiter in einer Resolution den Fabrikanten um anständige Behandlung ersuchen mußten. Der Herr Stalinski stellte sich darauf wie ein unschuldiges Lamm: man thue ihm Unrecht und bringe ihm unbedeutendes Mißtrauen entgegen. Wer Recht hat, mögen die Leser aus Nachstehendem selbst entscheiden. Einem Arbeiter sagte Herr Stalinski, er solle machen, daß er zum Teufel komme, und entließ ihn sofort. Von der Fabrikkommission auf das unbedeutende Benehmen aufmerksam gemacht, wurde bestimmt, daß von nun an für die ersten 14 Tage keine Kündigung erforderlich sei, damit waren die Arbeiter zufrieden; denn Mancher ist froh, wenn er sobald wie möglich wieder wegtommt. Bei dieser Gelegenheit wurden der Kommission die schönsten Versprechungen gemacht, u. A., daß von jetzt ab noch viel mehr verdient werden solle als seither; es freue die Firma, wenn ein Arbeiter recht viel verdiene usw. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Hat ein Arbeiter einmal etwas mehr als gewöhnlich herausgeschunden, wird ihm vom Werkführer Tschachmann die Freude an einem etwaigen Ueberschuß bald verborben, beginnt er einen neuen Afford, so muß gleich in e h r Arbeit für dasselbe Geld gemacht werden. Im November wurde jedem Arbeiter ein Affordzettel eingehändig, auf welchem der Beginn einer Affordarbeit und der Schlußtermin angegeben werden sollte. Die Arbeiter weigerten sich zuerst, dieselben anzunehmen und auszufüllen, nachdem Herr St. aber eine Sanktion gehalten und sich wieder über das Mißtrauen seiner Arbeiter beklagte hatte, erklärten Alle persönlich, daß sie sich seinen Anordnungen fügen wollten. Einer, der sich auch jetzt noch weigerte, wurde entlassen. Dann war Ruhe bis Weihnachten. In der Woche vor dem Fest wurde bekannt gegeben, daß die Fabrik vom 24. bis 30. Dezember geschlossen bleibe. Am 24. sollte abgerechnet und Lohn gezahlt werden. Anstatt des rechtlich verdienten Lohnes wurden Abschlagszahlungen in Höhe von A 5, 10 und A 15 gegeben. Darunter befanden sich einige

Arbeiter, die A 50 Affordlohn zu fordern hatten. Herr St. hätte die Vermählungen der Arbeiter während der Feiertage hören müssen. Vor einigen Monaten wurde für die Mechanikerabteilung ein Werkmeister (Kiefler) angestellt, ein tüchtiger und ruhiger Mann, nebenbei aber auch ein Mann, der sich nicht getraute, dem Herrn Stalinski, wenn er Recht hatte, heimzuleuchten. Eines Tages sprach St. gegen die beiden Werkführer Tschachmann und Kiefler eine Weileigung aus, die Kiefler mit seiner Mündigkeit beantwortete; Tschachmann steckte dieselbe ruhig ein. Vor Weihnachten mußte mehrere Wochen über die Arbeitszeit hinaus gearbeitet werden; gekündnet wurde in ganz unglücklicher Weise. Was war nun die Folge davon? Die Löhne wurden vermindert; bereits in letzter Woche wurde damit begonnen und zwar in einer ganz unbilligen Weise. Als Grund wurde Existenzunfähigkeit vorgegeben, auch wurde jedem Arbeiter ein Brief vor Augen gehalten, nach welchem in Görlitz nur sechs Stunden pro Tag gearbeitet werde mit 85 A Stundenlohn; man ging sogar soweit, von bereits vollendeter Affordarbeit Abzüge zu machen; fordert der Arbeiter sein Recht (das kann er nur auf gerichtlichem Wege), so wird er entlassen. Man muß wirklich fragen, kann es etwas Schändlicheres geben, als die Noth und das Elend des Arbeiters sich auf solche Weise zu nütze zu machen, schämen sich diese Leute wirklich nicht, auf diese Weise dem armen Arbeiter seine Nothpfennige noch zu rauben, indem sie ihm solche Briefe (wahrscheinlich von der Geschäftsleitung geschrieben) vorhalten und drohen: „Seht, wenn Ihr nicht wollt, auf der Straße laufen jetzt genug.“ Für die Arbeiter ist ein solches Institut kein Segen und es wäre wirklich nicht schade darum, wenn es Pleite ginge. Ob die Lohnreduktion so glatt durchgeführt, wissen wir noch nicht zu sagen; die Arbeiter der Fabrik sind bereits vollständig organisiert, nur wann wollen wir vorläufig unsere Kollegen vor Zugang nach Emmendingen, die Versprechungen, die man bis jetzt gemacht hat, werden nach und nach zu Wasser. Die Löhne waren ja zum T h e i l bis jetzt nicht schlecht zu nennen, aber kommt es doch jetzt schon vor, daß Leute eingestellt werden, denen A 2, 2,20 usw. als Lohn angeboten wird. Leute, die bis jetzt pro Tag A 3,50 verdienten, denen wird jetzt ihr Lohn auch noch gekürzt. Die Lebensmittel aber sind hier bedeutend theurer als in einer Großstadt, Wohnungen sind kaum zu bekommen und steigen recht rasch im Preise. Auf keine Art wird hier für den Arbeiter gesorgt, nicht einmal eine vernünftige Krankenkasse findet man hier, die Arbeitgeber wollen sie nicht haben, weil sie fürchten, ein paar Fennige mehr bezahlen zu müssen. Wir warnen alle Arbeiter, geht nicht auf den Heim; diejenigen Arbeiter, die sich verleiten lassen, hierher zu gehen, bereuen es bitter, es ist nur ein Geschäft dieser Branche hier und in der Umgebung vorhanden. Will also ein Arbeiter seine Stelle wechseln, so ist dies stets mit großen Kosten verbunden. Kollegen aller Orten, befolgt unseren Rath, haltet Zugang streng fern. Gott die Organisation!

Stuttgart. Die Arbeitslosigkeit ist hier größer als jemals. Auf der Mullanwerft sind Hunderte von Arbeitern entlassen; die noch Beschäftigten arbeiten kurze Tage. Die Zeit der wirtschaftlichen Niedriglage nähert die Unternehmer weidlich gegen die Arbeiter aus. Ein Meister giebt von einer Lieferung Fische A 8 ab; eine anderer kündigt 15 Gefellen eine Lohnkürzung von 1/4-3/4 A pro Stunde an; ein dritter fertigt die Arbeiten weit unter dem Tarif; ein vierter verlängert die Arbeitszeit auf zehn Stunden; ein fünfter erklärt bei Ueberwehr von Affordpreisreduktionen: „Wenn's Ihnen nicht paßt, können Sie gehen!“ u. s. f. Viel zu wenig wird von den Kollegen am Orte der Arbeitsnachweis beachtet, sie laufen lieber von Werkstatt zu Werkstatt und bebenken garricht, daß sie mit ihrem Arbeitsangebot die Arbeitsbedingungen noch mehr verschlechtern helfen. Es wäre wahrlich an der Zeit, daß die hiesigen Kollegen doppelt auf dem Posten wären, sich mehr um die Versammlungen kümmern und die Indifferenten aufrechten, daß sie weiter der Verwaltung von allen Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse Kenntniß geben, damit diese Gelegenheit nehmen kann, sei es in den Versammlungen oder auf sonst geeignete Weise einzugreifen. Durch festes Zusammenhalten und treue Pflichterfüllung jedes einzelnen Kollegen, ist es möglich, die schlimmsten Schattenseiten der Krise zu überwinden und weitere Lohnkürzungen zu verhindern. Darum an's Werk!

Eingekandt.

Aus Nürnberg.

An die Kammacher Deutschlands.

„Leben, heißt kämpfen.“ Das Jahr 1902 wird seinem Vorgänger im Kampfe der Arbeiterklasse für gerechtere und menschenwürdiger Zustände in nichts nachstehen. Nur viel schwächerer und verzweifelter, weil beschärft durch die immer noch zunehmende Krise und die hunderttausende Arbeiter und Arbeiterfamilien, welche hungern, in größter Noth und Elend sich befinden. Die 6014 preussischen Millionen u. dergl. werden keine Besserung für uns bringen, höchstens durch Getreidezölle das Unglück noch erhöhen. Es muß daher jeder ehrlich denkende Arbeiter, gleichviel wo er ist und welcher Branche er angehört, sein Theil beitragen und sich in die Reihen der Kämpfer stellen. Auch für uns Kammacher ist es an der Zeit, die geistige Indolenz endlich zu überwinden und sich aufzurütteln. Das vorige Jahr hat ja seinen vielen Vorgängern gegenüber eine kleine Ausnahme gemacht. Im März wurde, von Ober-Kamstadt ausgehend, Unregung gemacht, Mittel und Wege zu suchen, um in unserer Branche mehr Verbindlich und Interesse für die Organisation zu erwecken. Durch einige weitere Korrespondenzen in der „Holzarbeiter-Zeitung“ und auch brieflich wurde nun als Erstes eine Agitationsstour für das Beste gehalten. Diese, sowie zwei nebenher gehende Versammlungen, welche die Darmstädter und Ober-Kamstädter Kollegen arrangierten, brachten uns insgesamt 37 neue Mitglieder. Wenn auch das Resultat kein großartiges war, so muß uns das in Rücksicht auf die Eigenart unserer Branche

Kollegen, welche fast gänzlich unzugänglich sind, nur ansporner, mehr als bisher schon, in dieser Richtung thätig zu sein. Wenn in meinem Berichte in Nr. 40 v. J. in der „Holzarbeiter-Zeitung“ betont war, die auswärtigen Kollegen möchten nicht gerade eine gewisse Direktive von Nürnberg erwarten, so war damit durchaus nicht gemeint, daß wir isoliert sein wollten. Im Gegenteil. Die Zentralisierung der Kammmacher Deutschlands ist uns nach wie vor das erstrebenswerthe Ziel. Trotzdem dürfen wir dabei, nach dem Grundsatz: „Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah“, nicht die nächstgelegenen Verhältnisse vernachlässigen oder ganz übersehen. Die Nürnberger Verhältnisse im Großbetriebe spitzten sich immer mehr zu, und es mußte nun wenigstens einmal der Versuch gemacht werden, ob hier eingegriffen werden kann. Es handelte sich um stetes Verdrängen der männlichen durch die weibliche Arbeitskraft. Obwohl nun die verschiedenen gewerkschaftlichen Unterhandlungen selbst bis zur Anwesenheit des ersten Verbandsvorsitzenden sich erstreckten, konnte doch kein günstiges Resultat erzielt werden. Einmal schon deswillen nicht, weil für die weibliche Arbeitskraft der seit Jahrzehnten aufgestellte Grundsatz: „Für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn“, erst allgemein verwirklicht werden muß. Zweitens konnte das stete unruhige Verhalten der Werkstattkollegen leider vom Fabrikanten als Haupttrumpf dem Verbands-Vorstande gegenüber ausgespielt werden. Er sagt regelmäßig: „Meinen Arbeitern liegt nichts an ihrem Fachverein, sie gehen nicht einmal in die Versammlung. Es kümmert sich keiner um den Anderen, Jeder sorgt nur für seinen Vortheil. Die Leute, welche zu den Unterhandlungen beigegeben werden, stehen Stundenlang hier und sagen weder „Ja“ noch „Nein“, nur daß sie ihre Zeit veräußen.“ Er sagte mir: „Kommen Sie allein herüber oder bringen Sie höchstens noch einen Mann mit, wenn etwas vorliegt.“ (Wenn die auswärtigen Kollegen diese in Gegenwart des Kollegen Klotz und des Gauvorsitzers Kollegen Stein am 5. November v. J. gemachten Äußerungen sich ernstlich überlegen, dann werden sie meinen Ausführungen in Nr. 40 der „Holzarbeiter-Zeitung“ v. J. keine feindselige Absicht unterstellen.) Bezüglich der weiblichen Arbeitskraft mag das noch als Trost dienen, daß sie eben nicht überall vortheilhaft verwendet werden kann. Was auf der einen Seite durch geringe Affordpreise erspart, wird oft auf der anderen durch halb oder ganz ruinierte Waare wieder aufgewogen. Wenn man, so wie ich, seit 26 Jahren auf demselben Posten steht, an circa 4 Millionen Kämme aus Horn, Schildpatt, Aluminium, Celluloid und Fibre seinen Theil bearbeitete, auch vom Jahre 1864 an den Beruf handwerksmäßig erlernte, dann hat man gewiß auch ein wenig Verständnis; leider sieht der Fabrikant jeden Arbeiter als Feind, der nicht zu Allem „Ja“ sagt! Wie weit der Fabrikant in unserer Branche mit niederen Löhnen und billiger Waare kommt, beweisen die Bankrotte in Klebe und Kreuznach, wie ebenso das freiwillige aus dem Leben schreiben des Kammmachanten A. in Baulerbach. Am weitesten kommt jedenfalls derjenige Fabrikant, welcher sich gute Arbeitskräfte bei guten Löhnen zu erhalten sucht. Nun müssen aber die Kollegen sich endlich auf sich selbst bestimmen. Etwas von den bisherigen oft nur „üblen“ Gewohnheiten aufgeben und etwas mehr dem gesammten Vorwärtstreben der Arbeiterklasse sich anschließen. „Erntezeiten verlangen ernste Männer.“ Jeder Arbeiter muß einsehen, daß nur durch äußerste Beihilfung an der politischen wie gewerkschaftlichen Organisation bessere Zustände geschaffen werden können. Es muß das Sprüchwort: „Jeder Arbeiter, der der Kneipe verfallen, ist für die Arbeiterbewegung verloren“, auf immer weniger Arbeiter Anwendung finden. Es ist doch auch unbillig, wenn man als aufgeklärt gelten will und bringt es fertig, das Jahr hindurch viele ganze und halbe Nächte beim Würfelspiel, beim Kartenspiel, bei rohen, faden und abgedroschenen Wiken es auszuhalten. Dabei aus Arbeitskräften über die Verhältnisse schimpfen, welche von Jahr zu Jahr schlechter werden. Also, nicht bloß sich stets auf Andere verlassen, sie allein sorgen lassen und Alles aufbürden, sondern selbst mithelfen, etwas Ernst und Charakter sich zu eigen machen, dann wird gemeinsam leichter etwas zu erkämpfen sein. Aber auch im Allgemeinen muß noch viel mehr geschehen. Die auswärtigen Kollegen müssen ihre im vorigen Jahre bewiesene Thätigkeit fortgesetzt vollständig einsehen. Es genügt nicht allein, wenn z. B. die Darmstädter Kollegen sehr gut organisiert sind, die Ober-Kammmacher, Nürnberger, Raumburger, Berliner Kollegen mehr oder minder gut, und einem Zentralverbande angehören. Von einer Zentralisierung eines Berufes kann man erst reden, wenn die Kollegen der meisten oder aller Orte dem betreffenden Verbande (hier dem Deutschen Holzarbeiter-Verbande) angegliedert sind. Im Jahresbericht 1901 unseres Verbandes werden auch die Kammmacher diesmal spezialisiert aufgeführt sein. Wir werden dann sehen, daß vielleicht von circa 1000 Beschäftigten kaum 400, d. h. nicht einmal 10 pSt., organisiert sind. Daß wir da immer noch abwärts in den Verhältnissen kommen, ist nicht zu verwundern.

Diese Mittheilungen und Anregungen sollen ein kleiner Beitrag sein zur Klärung und ein Ansporn zur besseren Pflege der Kollegialität und Solidarität.

**Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.**

Die Differenzen der Drechsler bei Worms in Betreff haben mit einem Siege der Arbeiter ihren Abschluß gefunden. Bei der Verhandlung, welche am 10. Januar mit Herrn Worms geführt wurde, zog Letzterer die Affordarbeit zurück. Die Arbeitsordnung wurde durch beiderseitige Verzögerung ebenfalls geregelt. Ein Drechsler, welcher schon am Mittwoch, den 5. Januar, die Werkstatt verlassen, soll als Erster bei Neueinstellungen berücksichtigt werden. Wir können mit dem Ausgang dieser Angelegenheit vollauf zufrieden sein, und Herr W. wird ebenfalls einsehen, daß es das Beste für ihn war, nachzugeben. Wären aber nicht alle organisiert gewesen, so war mit Sicherheit anzunehmen, daß die Sache anders gelaufen hätte. Grund genug für die Arbeiter, sich ihrer Organisation anzuschließen.

In der Tischfabrik von Kurt Winkler in Finsterwalde sind Differenzen ausgebrochen. Es betragen die Löhne 15 bis 24 pSt. Der Seiten der Arbeiter ist nicht widerstandsfähig, um glücklicher Ausgleich herbeizuführen, und zwar

von der Lokalverwaltung sowohl als auch vom Gauborstand. Die Verhandlungen sind aber an der Prognostizität des Unternehmers vollständig gescheitert. Es reichen somit von 24 Arbeitern 18 Tischler und 3 Drechsler die Kündigung ein. Die Arbeitsüberlegung erfolgt am 22. d. M. Es wird deshalb ersucht, den Zugang von Tischlern und Drechslern nach Finsterwalde fernzuhalten.

**Der Schreinermeister Krug in Brückenau (Unterfranken)** hat seinen Gesellen einen Stundenlohnabzug von 6-10 % angekündigt, und zwar sollte die Reduktion sofort durchgeführt werden; dagegen protestirten die Gesellen, weil innerhalb der gesetzlichen Kündigungsfrist Änderungen im Lohnverhältnis nicht eintreten dürfen. Die Kündigung ist eingereicht und daher Zugang fernzuhalten.

Aus Schweden geht soeben die erfreuliche Nachricht ein, daß der langwierige Kampf in Arlöf (Nöbifel) mit einem vollständigen Siege der Arbeiter beendet ist. Im Stockholmer „Sozialdemokraten“ veröffentlicht unter dem 11. Januar 1902 der Vertrauensmann des schwedischen Holzarbeiterverbandes, Kollege Persson und der Vertrauensmann des schwedischen Eisen- und Metallarbeiterverbandes, Genosse Ernst Blomberg folgende Mittheilung:

„Hierdurch wird mitgeteilt, daß zwischen Ludv. Rössel's mek. verkstadsaktiebolag in Arlöf und dem schwedischen Holzarbeiterverband sowie dem schwedischen Eisen- und Metallarbeiterverband jetzt eine Uebereinkunft zur Beilegung des Konfliktes auf der Wagensfabrik in Arlöf auf folgender Basis getroffen ist:

Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, welche seit dem 6. November 1900 und die Mitglieder des Eisen- und Metallarbeiterverbandes, welche seit dem 21. desselben Monats von der Aktiengesellschaft ausgesperrt wurden, sind, anderen Arbeitern zuvor, in der Arbeit der Fabrik einzustellen, sofern sie nicht binnen 14 Tagen nachdem diese Uebereinkunft zu Stande gekommen, welche seitens der Holzarbeiter am 31. Dezbr. 1901 und seitens der Eisen- und Metallarbeiter am 10. Jan. 1902 unterzeichnet wurde, zur Wiederaufnahme der Arbeit melden. Zunächst sind jedoch die von den ausgesperrten Arbeitern, welche in Arlöf wohnhaft und zur Zeit arbeitslos sind, einzustellen.

Sämtliche Arbeiter, welche während der Aussperrung in der Fabrik gearbeitet (die Streibredner also. Anm. des Uebersetzers.), sind zu entfernen und dürfen nicht mehr in die Arbeit der Fabrik eingestellt werden. Alle früheren Verabredungen zwischen der Gesellschaft und den Arbeitern sind hiermit aufgehoben, und gilt von jetzt an bis zum 1. April 1903 ein zwischen der Direktion der Gesellschaft und jedem der unterzeichneten Gewerkschaftsverbände errichtetes und unterschriebenes Lohnreglement, welches von dann an für je ein Jahr weiter gelten soll, sofern es nicht mindestens zwei Monate vor Ablauf der Vertragszeit von einem der Kontrahenten gekündigt wird.

Auf Grund obenstehender Erklärung wird hierdurch die Blotade der Wagensfabrik Arlöf unsererseits aufgehoben.

Für den schwedischen Holzarbeiterverband.  
gez.: Sven Persson.  
Für den schwedischen Eisen- und Metallarbeiterverband.  
gez.: Ernst Blomberg.

Es ist denn dieser Kampf nach über 14monatiger Dauer mit dem endgültigen Siege der beteiligten Arbeiter beendeter. „Sozialdemokraten“ nennt das Resultat „den wackersten Sieg, den die Organisation der Arbeiter“ in Schweden bis dato gewonnen. Weiter heißt es da: „Geld, viel Geld sogar, hat der Arlöfkonflikt der Bewegung gelöst, aber da die Arbeiter jetzt als Sieger auf dem Kampffeld stehen, sollen sie das Bewußtsein haben, daß sie ihr Koalitionsrecht nie zu theuer kaufen.“

Eine gute Lehre dürften auch die Streibredner aus diesem Konflikt ziehen können. Die beiden hier in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen haben die Resolution des im vorigen Sommer in Kopenhagen stattgefundenen skandinavischen Arbeiterkongresses, wonach Mitglieder harter Organisationen sich zu weigern haben, überhaupt mit Streibrednern zusammen zu arbeiten, bis in ihren letzten Konfliktengrenzen durchgeführt. Die Direktion der Aktiengesellschaft hat sich verpflichtet müssen, die Streibredner sofort zu entfernen und überhaupt nicht mehr in die Fabrik einzustellen, das alleine ist eine Errungenschaft, die des Kampfes werth ist. Wir beglückwünschen von ganzem Herzen unsere schwedischen Kollegen zu ihrer zähen Ausdauer, durch die allein der Kampf gewonnen werden konnte. E. Br.

**Aus den Fernjahren der Holzbranche.**

**Achtung, Kammmacher!** Der Fabrikant Gerson in Berlin sucht durch Inserate in auswärtigen Blättern Arbeitskräfte. Da wir hier jedoch genug arbeitslose Kollegen haben, ersuchen wir die auswärtigen Kollegen, möglichst Berlin vor der Hand zu meiden. Die Kommission.

Der Möbelgeschäftsinhaber und Tapezierer Becker in Remmshausen in Pommern war seit längerer Zeit bemüht, durch Lohnabzüge seine eingearbeiteten Leute wegzugraulen und an deren Stelle jüngere Kräfte einzustellen, welche billiger arbeiteten. Die Berechnungen seines Werkführers Hof sind für ihn maßgebend, und da duldet er keinen Widerspruch. So ist es denn soweit gekommen, daß seine eingearbeiteten Leute so ziemlich Alle weg sind und er jetzt in mehreren Zeitungen fortgesetzt Arbeitskräfte sucht. Es wäre gut, wenn besonders die zugereisten Kollegen der Beder'schen Werkstätte ein besonderes Augenmerk zuwenden würden.

In unserem Bericht über den Delegirtenkongreß des Möbelpolirerverbandes hatten wir nach dem „Vorwärts“ mitgeteilt, daß neben Delegirten aus Burg und Berlin auch ein solcher aus Dresden zugegen gewesen sei sowie daß die Dresdener Möbelpolirer gewillt seien, eine Zahlstelle des genannten Verbandes zu gründen; hierzu bemerkt uns der Vertrauensmann der Sektion der Möbelpolirer unseres Verbandes in Dresden, daß der dortigen Kollegen

von einer solchen Delegation nichts bekannt gewesen ist. Erst durch den im „Vorwärts“ veröffentlichten Bericht sind unsere dortigen Kollegen von dieser Delegation unterrichtet worden, worauf in Erfahrung gebracht worden ist, daß der als Delegirter der Dresdener Möbelpolirer fungirende aber nicht delegirte Kollege thätig auf Kosten des Berliner Möbelpolirerverbandes nach Berlin gereist ist. Ebenso verhält es sich nach den Äußerungen unseres Dresdener Kollegen mit der dort geplanten Gründung einer Zahlstelle des Möbelpolirerverbandes. Es hat wohl auf Anregung des Berliner Möbelpolirerverbandes in Dresden in dieser Angelegenheit eine Besprechung stattgefunden, wobei einzelne Kollegen sich auch bezügelnd zur Gründung einer Möbelpolirerzahlstelle geäußert haben, während andere Kollegen gegen eine solche Gründung auftraten, doch sind Beschlüsse nicht gefaßt worden, wie die Teilnehmer dieser Besprechung auch nicht kompetent waren zu einer so weitgehenden Beschlussfassung. Die Möbelpolirer Dresdens denken nicht daran, den Möbelpolirerverband in dieser Weise zu unterstützen, wie sie keinen Anlaß sehen, sich auf einem Delegirtenkongreß desselben vertreten zu lassen; sie halten unerschütterlich an ihrer bisherigen bewährten Organisation, dem Holzarbeiterverbande, fest.

**Die Waggonfabrik Ludwigshafen a. Rh.** befindet sich in Liquidation. Auf das A 1 000 000 betragende Gelände sind aus Versteigerungen A 17 280 sowie A 10 317 Miethe- und Zinsentragnisse eingegangen, um welche Summen sich das Verlusstaldo von A 725 880 verringert. Die Gesellschaft hatte Unterhandlungen mit der Stadt angeknüpft wegen Durchlegung einer Straße durch das Geländegebiet der Gesellschaft. Die Verhandlungen haben sich aber zerlegt und es ist deshalb das Verwaltungsrechtverfahren auf Anerkennung der Verpflichtung der Stadt zur Befestigung der Kanalisation, Gas- und Wasserleitung eingeleitet. Wahrscheinlich haben die Aktionäre in Liquidation auf Kosten der Steuerzahler ihr in der Gesellschaft pleite gegangenes Kapital in's Trockene bringen wollen. Da ist es ganz vernünftig, daß die Stadtverwaltung der „Verscheidenheit“ der Güter- und Hausagrarier einen kleinen Dämpfer aufsetzt.

**Der Verband der Drechsler und verwandten Berufe Oesterreichs**, der aus dem Verband der sämmtlichen Galanteriegewerbe hervorgegangen ist, hatte im Jahre 1901 eine Gesamteinnahme von Kr. 9341,98, darunter Kr. 5855,28 aus Mitgliederbeiträgen. Seine Ausgaben beliefen sich auf Kr. 7579,07, so daß ein Ueberschuß von Kr. 1714,78 erzielt wurde, während der Vermögensstand Kr. 2713,88 beträgt. Die Entwicklung des Verbandes wurde durch die Schlamperie der Regierung, die Monate lang mit der Bescheinigung des Verbandsstatuts zurückhielt, sehr beeinträchtigt. Da diese Bescheinigung nach einer Mittheilung des „Fachblatt für Drechsler“ nunmehr eingetroffen ist und demzufolge der Gründung von Verbandsortgruppen von Seiten der Behörde kein Hinderniß mehr entgegensteht werden kann, steht zu erwarten, daß die Entwicklung des Verbandes im neuen Jahre bessere Fortschritte macht.

**Gewerkschaftliches.**

**Der Verbandstag des Deutschen Dachdeckerverbandes** fand in der Zeit vom 28. bis 30. Dezember in Mainz statt. Derselbe war von 19 Delegirten aus allen Gegenden Deutschlands besucht. Der Verband hat in den letzten zwei Jahren seit Stattfinden des letzten Verbandstages ziemlich Fortschritte gemacht; seine Jahreseinnahmen stiegen von A 17 000 auf rund 38 000, sie betragen A 32 335,38, die Ausgaben A 30 908,78. Von den gefaßten Beschlüssen haben wir die wichtigsten hervor. So wurde beschlossen, die Verbandszeitung besser auszustatten, ferner, daß die Zentralklasse in Zukunft bei Streiks, die länger als zwei Tage dauern, Streikunterstützung zu zahlen hat. Weiter wurde bezüglich der Einführung der Arbeitslosenversicherung beschlossen, diese Frage durch eine Abstimmung der Mitglieder entscheiden zu lassen. Wenn sich zwei Drittel der Mitglieder für die Arbeitslosenunterstützung erklären, soll dieselbe eingeführt werden. Der Beitrag soll dann auf 50 % erhöht werden, wovon 20 % für die Arbeitslosenunterstützung verrechnet werden. Mit der Beitragserhöhung soll eventuell 1. März 1903, mit der Arbeitslosenunterstützung 1. November 1904 begonnen werden. Eine weitere Resolution, die nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Hoch (Redakteur der Dachdeckerzeitung) angenommen wurde, verlangt mehr Bauarbeiterzuschuß. — Der Sitz der Zentralleitung verbleibt in Frankfurt, für die nördlichen Gauen wurde ein Beamter angestellt, der seinen Sitz in Berlin haben soll. Den Rest der Verhandlungen bildeten eine Reihe von Anträgen über die Höhe der Procente, die an die Zentralleitung, den Streikfonds und den Agitationsfonds abzuführen sind. 75 Prozent sollen an die Zentralverwaltung, 20 Prozent an den Streikfonds und 5 Prozent an den Agitationsfonds abgeführt werden. Als Sitz des Ausschusses wurde Bremen bestimmt, der nächste Verbandstag findet in zwei Jahren in Dortmund statt. Die Diäten für den Zentralvorstand wurden von 5 auf 6 Mark erhöht. Zum Vorsitzenden des Zentralverbandes wurde wieder Gg. Diehl-Frankfurt gewählt. Eine Gehaltserhöhung wurde abgelehnt. Als Delegirter für den Stuttgarter Gewerkschaftskongreß wurde Gg. Diehl gewählt.

**Gewerkschaftskongreß.** Auf ein 30jähriges Bestehen konnte am 1. Januar d. J. der Zentralverein für alle in der Gut- und Filzwaarenindustrie beschäftigten Arbeiter zurückblicken. In diesen 30 Jahren ihres Bestehens hat die genannte Gewerkschaft eine äußerst günstige Entwicklung ihres Unterstufungswesens, wie auch große Erfolge jener Bestrebungen, die auf Erringung und Erhaltung günstiger Arbeitsbedingungen der Gutarbeiterchaft gerichtet sind, erzielt. Nach dem „Correspondent“, dem Vereinsorgan des Gutmacherverbandes, ist es nicht möglich, genau in Zahlen auszudrücken, was der Verein in den 30 Jahren geleistet hat, weil unter dem Ausnahmegeetze der früheren Hauptstädter aus nahegelegenen Gründen befristet worden sind. Nach den Zirkularen und Abrechnungen bilanzirt Einnahme und Ausgabe des Vereins und seiner Kassen mit 4 1/2 Millionen Mark. Für Arbeitslose am Orte und auf der Reise wurden A 700 000 — an Kranke, Kranke und Verwundete

geld 850 000 — an Invaliden-Unterstützung 250 000 — für Streiks, Aussperrung usw. 150 000 verausgabt. Ungerechnet sind hier die Zehntausende, welche durch freiwillige Sammlungen für Streikende, Rothleidende usw. aufgebracht worden sind. Die Zahlen sprechen dafür, daß sich der Verband unter den deutschen Gewerkschaften nicht zu schämen braucht, zumal seine Mitglieder stets ihr Solidaritätsgefühl praktisch bethätigt und Tausende für ihre kämpfenden Klassen-genossen in anderen Verufen gesteuert haben, die ebenfalls auf den Pfennig nicht nachzuweisen, aber gegeben worden sind. Die internationale Verbindung der Gutarbeiter hat auch allmählich andere Formen angenommen. Die früheren, halb günstigen und halb idealen Beziehungen haben feste Formen angenommen und verdichtet sich mehr und mehr zu einem internationalen Verband, in dem auch die deutschen Mitglieder einen ehrenvollen Platz einnehmen.

Und noch eines anderen Gedentages ist Erwähnung zu thun: Mit seiner am 1. Januar erschienenen Nr. 1 trat der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ in seinen 40. Jahrgang. Damit ist der „Correspondent“ das älteste der in Deutschland erscheinenden Gewerkschaftsorgane. „Der Handschuhmacher“ erscheint seit 33 Jahren, der „Correspondent für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Gut- und Filzwarenindustrie“ steht im 31. Jahrgang, „Die Ameise“, das Organ des Verbandes der Porzellan- und verwandten Berufsarbeiter beiderlei Geschlechts, ist in den 29. Jahrgang seines Erscheinens getreten, die „Holzarbeiter-Zeitung“ hätte unter Einrechnung der Erscheinungsbücher ihrer Vorgängerin, der „Neuen Tischler-Zeitung“, den 23. Jahrgang begonnen, während die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ in ihr 20. Lebensjahr eingetreten ist, von der „Buchbinder-Zeitung“ erscheint der 18. Jahrgang, vom „Bereins-Anzeiger“, Organ der Vereinigung der Maler, der 16. Jahrgang, und eine Reihe anderer Gewerkschaftsblätter hat ihren 15. Jahrgang begonnen.

**Von der Gewerkschaftsbewegung des Auslandes.** Die ungarländischen Gewerkschaften hielten während der Weihnachtsfeiertage ihren zweiten Kongreß in Budapest ab. Auf demselben waren aus Budapest selbst 41 Vereine mit 76 Delegierten, aus der Provinz 39 Vereine mit 65 Delegierten vertreten. Aus dem Bericht des Exekutivkomiteés und der Delegierten ist zu ersehen, daß die Organisationen fortgesetzt größere Fortschritte machen. 49 Vereine, die Berichte einlieferten, sind von 6892 Mitgliedern im Jahre 1899 auf 8222 im Jahre 1900 gewachsen; auch in Budapest hat sich die Mitgliederzahl gehoben, trotzdem nach dem Bericht dort seit dem Vorjahre 40 pSt. Arbeiter weniger beschäftigt sind. In 19 Streiks hat das Exekutivkomiteé mit Nr. 14 117, die seitens der Fachvereine als Unterstützung gewährt wurden, eingegriffen. Den Berichten der Delegierten ist zu entnehmen, daß die Lohnverhältnisse im ganzen Lande sehr ungünstig sind. Es wurden Beschlüsse gefaßt, die eine obligatorische staatliche Kranken-, Unfall- und Invaliditäts-Versicherung ohne materielle Belastung der Arbeiter fordern, ferner wurde gegen die Ausweisung des italienischen Abgeordneten Cabrini aus Budapest protestiert.

Am 5. und 6. Januar fand auch der zweite Kongreß der galizischen Gewerkschaften in Przemyßl statt. Die Gewerkschaftsbewegung in Ostgalizien ist erst neueren Datums, erst 1895 und 1898 wurden die ersten Fachvereine gegründet, und doch sind nach dem Bericht des Gewerkschaftssekretärs in diesem Lande schon 6907 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, und zwar 1820 in Zentralvereinen, 2278 in Landesvereinen, 1009 in 15 Bildungsvereinen, während 3011 — davon 2800 Eisenbahner — den österreichischen Zentralverbänden angeschlossen sind. Die Hauptaufgabe des Kongresses war, den galizischen Gewerkschaften eine einheitliche Form zu geben. Das in dieser Frage angenommene Organisationsstatut hat folgende Grundzüge: Die Landesorganisation soll die maßgebende Form werden; die Verbindung mit der Zentrale in Wien wird durch die galizische Gewerkschaftskommission hergestellt, diese Kommission soll sich ferner um den Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages mit den österreichischen Zentralverbänden bemühen. Die Landesvereine sollen Mitglieder der österreichischen Zentralverbände sein. Die Bildungsvereine dürfen Mitglieder, welche ihren Berufsorganen nicht angehören, nicht aufnehmen. — Die weiteren Debatten betrafen die Arbeiterversicherung und die Anträge zur Gewerbeordnung.

**Pollzeiliches und Gerichtlichcs.**

**Berichtigung.** Zu der Notiz in Nr. 2 der „Holzarbeiter-Zeitung“: „Was sich Polizeibeamte Alles herausnehmen“, wird uns mitgeteilt, daß die fragliche Versammlung nicht am 22., sondern am 21. Dezember stattgefunden und daß der Beamte sie nicht aufhob, sondern schloß in dem Augenblicke, als der Referent Kunitz mit seinem Vortrage beginnen wollte. Weiter ist der Polizeibeamte nicht noch eine halbe Stunde sondern noch 2 1/2 Minuten mit einem und nicht mit zwei Polizeibeamten und dem Polizeikommissar zurückgekommen. Bemerkenswert wird weiter, daß dem Beamten gelagt worden ist, zur Schließung einer Versammlung habe er gar kein Recht, das sei Sache des Vorsitzenden, als Antwort darauf habe er zum zweiten Male erklärt: „Ich schließe die Versammlung.“ In Anbetracht des hauptsächlich ungesetzlichen Vorgehens des Beamten habe dann der Vorsitzende der Versammlung erklärt, er werde die Versammlung trotzdem weiter tagen lassen. Als er dann dem Referenten zur Fortsetzung seines Vortrages das Wort gegeben, habe sich der Beamte emsig, um, wie oben bemerkt, mit Verstärkung zurückzukehren.

Man muß sich nur zu helfen wissen. Der Stadtrath in Gera hatte bekanntlich das Auskunftsbureau des Gewerkschaftsartikels in Gera, das, wie anderwärts, jeder Mann kostenlos zur Verfügung steht, für einen langjährigspaltigen Gewerbebetrieb erklärt und dem Sekretär desselben den „Gewerbebetrieb“ wegen einiger kleinen, politischen Vorstrafen unterjagt. Der Bezirksauswärtig hatte diese Verfügung des Stadtrathes auch bestätigt, nicht aber das Ministerium. War der Stadtrath mit dieser Maßregel herzugehen, so mußte er flugs eine neue entdecken, um dem Gewerkschaftsartikel zu beweisen, daß er doch noch etwas zu sagen habe. Vielleicht hatte er einmal davon gehört, daß die Stadtverwaltung in Weitzen 14 mit dem höchsten Gedanken

getragen hat, einen gewerkschaftlichen Funktionär wegen seiner für die Gewerkschaft erzielten Einnahmen zu besteuern. Schnell entschlossen setzte der Geraer Stadtrath diesen Gedanken in die That um, indem er dem Gewerkschaftsartikel die Aufforderung zugehen ließ, sich zur Einkommensteuer einzuschätzen. Als das Kartell dieser Aufforderung keine Folge leistete, hat der Stadtrath sich nicht gehalten, trotz der recht ungewöhnlichen Kritik seines Vorgehens durch die Presse dem Kartell einen auf 120 monatlich lautenden Steuerzettel zuzustellen. Bis der Stadtrath mit dieser originellen Idee abgewiesen ist, laudt in ihm hoffentlich wieder eine neue ebenso späßige auf. — Es muß auch solche Stadtrathe geben.

**Gegen den Tabakarbeiterverband in Braunschweig** war bekanntlich auf Grund des Versicherungs-gesetzes Anklage erhoben worden. Trotzdem daß Gericht ein freisprechendes Urtheil fällte, sind die polizeilich beschlagnahmten Bücher und Gelber nicht freigegeben worden, worauf der Verband, um diese Freigabe zu erzielen, gegen die Polizeidirektion in Braunschweig gleichzeitig vor dem Landgericht und dem Verwaltungsgerichtshof klagbar geworden ist.

**Elf Werftarbeiter in Hamburg** waren bekanntlich gegen die Werft von Blohm & Voß sowie gegen die Hamburg-Amerika-Linie auf Zahlung von Schadenersatz klagbar geworden, weil sie durch die besagten Firmen durch die von dieser Seite am 11. Juli 1900 vorgenommene vorsätzliche Aussperrung der Arbeiter an ihrem Vermögen geschädigt worden sind. In der Klage, die wir bereits ausführlich besprochen haben, stand am 3. Januar zuerst Termin an vor der 7. Zivilkammer des Hamburgischen Landgerichts. In demselben beantragten die Beklagten Abweisung der Klage, da die Kläger laut Arbeitsordnung ohne Kündigung beschäftigt waren und jederzeit am Schluß der täglichen Arbeitszeit entlassen werden konnten. Es habe überdies auch keine Aussperrung vorgelegen, sondern eine Vorbeugungsmaßregel gegen eine vom Metallarbeiterverband geplante Streikaktion gegen die Werften. Demgegenüber machte der Vertreter der Kläger, Rechtsanwalt Dr. v. Oldershausen, der den Schadenersatz-Anspruch derselben durch die §§ 828 und 828 des Bürgerlichen Gesetzbuches begründete, geltend, daß sich die Klage garnicht auf die Behauptung kündigungslöser Entlassung stütze, sondern darauf, daß den Klägern durch die Beklagten planmäßig jede Arbeitsgelegenheit verweigert worden wäre. Er hob dem Wertbesitzer Blohm einen Eid darüber zu, daß er (Blohm) in einer Versammlung des Hamburg-Alsnaer Arbeitgeberverbandes am 11. Juli 1900 die Aussperrung angedroht habe, die am 14. resp. 21. Juli durchgeführt worden ist; das Gericht hat aber in einem späteren Termine die Klage abgewiesen, ohne auf die Beweisangebote einzugehen.

Die Kläger werden gegen diese Entscheidung Berufung einlegen. Gai zu sehr brauchen wir uns über diesen vorläufigen Ausgang des Prozesses nun nicht zu grämen, denn ein obliegendes Urtheil hätte unter Umständen zu Konsequenzen geführt, die uns nicht erwünscht sein konnten. Darüber wird sich ausführlicher reden lassen, wenn eine endgültige Entscheidung in dieser Sache gefällt ist.

**Eine Erpressung** soll es sein, wenn Arbeiter ihrem Arbeitgeber erklären, daß sie mit einem Unorganisirten nicht zusammen arbeiten, um dadurch die Entlassung eines solchen herbeizuführen, so hat kürzlich die Strafkammer des Landgerichts I in Berlin entschieden. Dem Urtheil liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: Im August vorigen Jahres traten die beim Zimmermeister Werner beschäftigten Zimmerer an ihren neu eingestellten Kameraden Kette mit der Frage heran, ob er organisiert sei. Kette verneinte diese Frage und weigerte sich auch ganz entschieden, der Organisator beizutreten. Nun ließen die Zimmerer — es waren deren 15, die sämtlich organisiert sind — durch ihren Kameraden Kugner dem Arbeitgeber mittheilen, daß sie mit dem Unorganisirten nicht zusammen arbeiten, sondern es eventuell darzulegen würden, die Arbeit niederzulegen. Um dieser Eventualität vorzubeugen, entließ der Arbeitgeber den Zimmerer Kette. Dieser reichte ein Schreiben, worin er den vorerwähnten Sachverhalt schilderte, beim Justizminister (I) ein, und von dieser Stelle ist wahrscheinlich die Staatsanwaltschaft zum Einschreiten gegen Kugner veranlaßt worden.

Es erfolgte hierauf eine Anklage auf Grund des § 263 des Strafgesetzbuches wegen versuchter Erpressung — eine Anklage auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung oder des § 240 des Strafgesetzbuches (Nötigung), was nicht gut möglich. Eigenthümlich ist die Reduktion, aus der der Staatsanwalt seine Anklage begründete: Der Angeklagte wollte den Kette veranlassen, dem Verband der Zimmerer beizutreten, um dem Verbands durch die von Kette zu leistenden Beiträge einen Vermögensvorteil zu verschaffen, auf den der Verband keinen Rechtsanspruch hat. Der Beitritt sollte veranlaßt werden durch die Drohung, man werde im anderen Falle nicht mit Kette zusammen arbeiten resp. für seine Entlassung sorgen. Auf diese Weise hat der Staatsanwalt den Thatbestand der versuchten Erpressung sehr kunstvoll konstruirt, und der Gerichtshof hat sich diese Auslegung zu eigen gemacht und den Angeklagten zu sechs Wochen Gefängnis verurtheilt.

Während man also auf der einen Seite die Ausgabe schwarzer Listen seitens des Unternehmertums für strafrei erklärt, obwohl sich diese Handlung weit eher als eine Erpressung qualifizieren ließe, werden Arbeiter wegen eines kaum amüßnerdigen schweeren Vergehens bestraft. Nicht, daß wir das Vorgehen der Arbeiter in diesem Falle billigen konnten, in dem Urtheil zeigt sich aber wiederum die arbeiterfeindliche Tendenz unserer Rechtsprechung.

**Literarisches.**

**Billige und gute Romanliteratur für die Massen** — das ist der Zweck, den die von der Buchhandlung Bormanns herausgegebene illustrierte Romandisbibliothek **Zu freien Stunden** in Wochenheften zu 10 S. erfüllen soll. Sechs Jahrgänge liegen vor, die das Urtheil rechtfertigen, daß sie im Allgemeinen ihre Aufgabe gut erfüllt hat. Vielleicht trauere da und dort die

Ansprüche an die Leser sogar etwas zu hoch. Im neuen Jahrgang 1902, dessen erstes Heft eben vorliegt, dürfte der Verlag mit den angeführten Romanen: „Der Wastard“ von Spindler, dem Verfasser des berühmten Romans „Der Jude“, „Im Banne der Dämonen“ von Gorki, dem neuen Stern am russischen Literatur-Himmel und „Ein Seemann“ von Loti, dem sinnigen, gemüthvollen Erzähler, eine gute Auswahl getroffen haben. Spannende Schilderungen auf historischem Untergrunde, lebenswahre Bilder aus dem Dasein der Armen und Elenden und gemüthvolle, das Herz packende Erzählungen — wir können dem Arbeiter für seine Frau und Kinder diese Johannishefte, die zudem von Stoffen, dem bekannten, jetzt jüngst von der Polizei durch Konfiskation seiner den Leg. Heineg-Männern gefährlichen Bilder ausgezeichneten Künstler, mit prächtigen Zeichnungen geschmückt sind, bestens empfehlen. Bestellungen nehmen alle Parteipolportreure entgegen. Im Feuilleton bringen wir eine Skizze über beide Dichter, deren Werke in den „Freien Stunden“ zum Abdruck gelangen.

**Briefkasten.**

- \* Einblendungen über Arbeitslosenunterstützung blieben zurück aus Eisenberg (F.) und Postkappel (F.).
- \* Behrungs-Schneidbeladen liefert Herr Franz Vorchardt in Berlin und Paul Gedai-Galle a. d. Seale, Böllerweg 13.
- \* Wo werden Hölzer für Holzpanzoffeln aus Erle fabrizirt?
- \* Wer liefert Birkenrinde zu Schnupftabakdoseln?
- Schmölln, ?** Ohne Namensunterchrift und Stempel können wir von der „Belaminmachung“ keine Notiz nehmen.
- Zeulenroda, O. V.** Soweit uns erinnerlich, mittels einer wirklichen Lokomotive. Es wird aber auch andere Systeme geben, deren genaue Konstruktion uns unbekannt ist.
- Hannover, R. Böhm, O. V. Mühlberg, W. V.** Ich denke, Sie werden, nachdem Sie Einsicht in vorige Nummer nahmen, errathen haben, weshalb nichts über Arbeitslosenunterstützung darin enthalten sein konnte. Unsere Schuld ist es wahrlich nicht, daß die Zeitung nicht mehr als acht Seiten umfaßt.
- Rastenburg, F. S.** Spiegelglas erhalten Sie bei der Firma M. Morgenstern in Firth i. Bayern und H. Hornemann, Hamburg, Rabothen 95. Die gewünschte Adresse ist: Hamburg 19, Bismarckstraße 86.
- F. R. in D.** Wenn es sich um eine Schließung und nicht um eine Auflösung der Versammlung handelt, bist Du im Recht, Deinen Willen konntest Du Dir ersparen, da ich ihn ja doch nicht befolgen kann und auch nicht befolgen werde. Das wäre noch schöner, wenn es der Redaktion nicht gestattet sein sollte, dann, wenn sie es für nöthig und zweckmäßig hält, „Randglossen“ zu machen. Also rege Dich in Zukunft nicht künstlich auf.
- Altenburg, W.** Sautagsbericht eingegangen, muß aber Raumangels halber zurückbleiben.
- Münster, M. R.** Die Arbeitsordnung enthält keine einzige ungesetzliche Bestimmung, wenn auch der angeklagte Lohn in derselben nicht gerade anheimelnd ist. Mit unwahren Behauptungen, wie der örtliche „Holzarbeiter“, operiren wir nicht; wenn etwas Ungeheures in der Arbeitsordnung enthalten war, dürfen Sie versichert sein, hätten wir der Firma nichts geschont; wir können doch nichts aus den Fingern saugen, nur um den Anschein zu erwecken, als ob uns die Kollegen der fraglichen Werftatt dreimal doppelt ans Herz gewachsen wären. Wir sind jederzeit bereit, die Interessen der Kollegen zu vertreten, wo immer es um Klage ist, aber die Praxis des „Bauernfangens“ beschwären wir. Wollten Sie vor den „Christlichen“ auf den Plan treten, dann hätten Sie den Gaudvorkand in Ansbach nehmen sollen, das war der richtige Weg, den Sie hätten einschlagen müssen.
- Röln, M. S.** Das Feuilletonpapier mit der in Nummer 2 bezeichneten Marke liefert die Firma Rappach & Krause in Magdeburg-Sudenburg.
- Dresden, H. S.** Wir haben die Sache für erledigt gehalten, da bereits am 30. Dezember eine Einigung erzielt worden ist.
- Finsterwalde, F. W.** Wir haben auf einen Bericht gewartet, der uns näher mit den Ursachen, welche zu den Differenzen führte, vertraut machen sollte. Da bis zum 14. d. M. ein solcher nicht hier war und Ihre Karte vom 9. Januar Nr. Nummer 2 zu spät kam, haben wir selbstverständlich eine Notiznahme unterlassen.
- Leipzig, W.** Nächste Nummer.

**Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.**  
(S. 5. 8 in Hamburg.)

Vom 1. bis 18. Januar gingen folgende Gelber ein: Lorch M. 400, Weinheim 300, Born, Berchtesgaden je 250, Magdeburg, Gütz, Weistertwiz, Dauborn, Henck, Rheingönheim, Lübeck, Nieb, Bayreuth je 200, Frankenthal, Speyer je 180, Osterwed 175, Sand, Köckst, Blankenburg a. S., Bremerhaven, BBrth, Orlau, Schleißheim, Plauen i. V., Erlangen je 150, Fulda 125, Bodenheim, Memmingen, Pasing, Strohach, Seelbach, Böttingen, Stötterig, Tharandt, Neuschönefeld, Güttdorf, Kirchheimbolanden, Jüttau, Coßwig, Ohren, Schwab.-Hall, Schaafheim, Boisdam, Spandau, Lindenthal, Meisdorf, Sindling je 100, Cöthen, Eichenlohe je 80, Kirchdumbold 60, Droyßig, Freiburg i. Schl. je 80. Summa M. 7840.

Vom 1. bis 18. Januar erhielten Zusätze: Berlin E, Rixdorf je M. 600, Firth, Mündenheim, Garburg je 500, Berlin A, D und G, Rölln I je 400, Dortmund, Dürtheim, München-Glabbach, Nippes je 300, Firth, Friedrichroda, Weisenfeld, Wöckern, Ebingen, Cannstatt, Brandenburg, Ehrenfeld, Nachen, Öppingen, Budau, Wuzlau, Pfungstadt je 200, Leipzig, Schwarzja, Lambrecht, Weidrich, Gummerich je 150, Rüdighheim, Stendal, Danzig, Sudenburg, Raitumordheim, Hohenschönhausen, Wehringhausen, Stetten, Merheim, Walbau, Dösch, Neu-Ulm, Wuggensturm, Fletten, Homburg b. d. S., Draß, Birna, Wolsanger, Osterweddingen, Aehrenbach, Wittenberg, Reisch, Firth, Neue Neustadt, Burgdorf, Rieberg je 100, Müßburg 175, Großenhain 80, Lützenau 60, Aalen, Gastei, Rawisch je 50, Rabla 80. Summa M. 11 945.

Krankensunterstützung für die Einzelmitglieder wurde durch die Hauptkasse bezahlt M. 8109,27.  
S. Jacobs, Hauptkassirer.

**Versammlungs-Anzeiger.**

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 A.)

**Bernau.** Dienstag, den 28. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Bericht von der Gaukonferenz. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig. Die Ortsverwaltung.

**Braunschweig.** Sonnabend, 1. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Werber 32.

**Emden.** Donnerstag, 30. Januar, b. Menthe.

**Essen a. d. R.** Samstag, den 1. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in der „Vorussia“, Roitstr. 18. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Arbeitslosen-Unterstützung. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1901. 3. Aufstellung eines Kandidaten zum Verbandstag. 4. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

**Fierlohn.** Sonnabend, den 1. Februar, Abends 9 Uhr, bei Lange, Am Bach; dann alle 14 Tage.

**Anzeigen.**

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens **Dienstag Vormittags** in unseren Händen sein.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Braunschweig.** Bevollmächtigter **Hob. Brack, Gabelbergerstr. 2, Kassirer Wilh. Lindemann, Goslarstr. 44.** Reise-Unterstützung und Arbeitsnachweis im **Gewerkschaftshaus, Werber 32.**

**Hall.** Bevollmächtigter **Ed. Seyboth, Rosenbühl 5, Kassirer Fr. Schaaf, Lange-straße 17.** Arbeit wird unentgeltlich nachgewiesen im **Arbeitsamt, Judenmarkt.** Unsere Gewerbe befindet sich im **Gasthof „Zum goldenen Ochsen“**, Zollhüttenstraße, woselbst die Reiseunterstützung **Mittags von 12-1 Uhr** und **Abends von 7-8 Uhr** ausbezahlt wird.

**Die Ortsverwaltung.**

**Hufum.** Unser **Verbandslokal** befindet sich **Süderstr. 84.** Dasselbe wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt. Bevollmächtigter **S. Dawack, Tischler, Bürgerstraße.**

**Fierlohn.** Bevollm. **Wilh. Wilmö, Tischler, Kassirer Mich. Gänther, Drechsler.** Reiseunterstützung wird nur im **Verbandslokal, Abends von 7-8 Uhr, vom Kassirer** ausbezahlt. **Wappenheim.** Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unser **Verbands- und Bezirkslokal** im **Wohlfahrtshaus** befindet. Wir bitten, das Umkleen zu unterlassen.

**Die Ortsverwaltung.**

**Trebbin, Sr. Lellow.** Bevollm. **Richard Anner, Kommandantenstr. 14.** Reiseunterstützung **Albert Trebbin, Bergstr. 8.**  
**Umsa.** Kassirer **Anton Ritter, Goldener Krog 6.** Dasselbe Reiseunterstützung **Mittags von 12-1 und Abends von 6-7 Uhr.**

**Achtung!**

Dem **Schreiner Hermann Krause, Buch-Str. 81 922**, ist hier zu Unrecht eine **Reiselegitimation** ausgestellt worden; Selbiger ist noch kein Jahr Mitglied und am **18. d. Mts.** von hier abgereist. Die Kassirer wollen dies beachten. Die Ortsverwaltung **Hoerde.**

**Sterbetafel**

des **Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.**

**Otto Erbe**, geb. 8. 5. 63 zu **Gotha**, gest. 15. 1. 1902 an der **Proletarierkrankheit** zu **Landau.**

**Otto Schöning**, Tischler, geb. 1. 7. 78 zu **Stettin**, gest. 8. 1. 1902 an der **Proletarierkrankheit** zu **Stettin.**

**Paul Kaspar**, Hilfsarbeiter, geb. 3. 10. 77 zu **Glashütte i. S.**, gest. 18. 1. 1902 infolge eines **Verkehrsunfalls** zu **Glashütte i. S.**

**Max Aepler**, Tischler, geb. 2. 7. 79 zu **Greienberg**, gest. 18. 1. 1902 an **Bauchfellentzündung** zu **Auskam.**

Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltungen.

Die Kollegen **Josef Dietz** und **Bernhard Fassabend** werden ersucht, ihre Adressen an **H. Christiansen** in **Freiburg i. B.**, **Lehenstr. 12**, gelangen zu lassen.

Der **Drechsler Franz Georg Knoll**, geb. 30. 4. 73, wird hierdurch aufgefordert, seine **Adressen**, die er in **Schwaben** bei seinem **Quartierwirt** **Geb. gelassen** hat, bis zum **28. 2. 02** abzugeben, widrigenfalls sein **Anspruch** darauf **verloren** geht.

**P. Heyer, Emden.**

**Karl Bende**, sende Deine Adresse an **Dr. Franz A. Ferkasch, Kreisfeld, Pommerschenstr. 14.**

**Aufforderung.**

Der **Tischler Ernst Pätzolt** wird um seine **Adresse** ersucht. Die Kollegen, welche seinen **Aufenthalt** wissen, werden um **Mitteilung** gebeten. **Herm. Fiegler, Magermünde, [M. 2,80] Bräderstr. 17.**

**Charles Jahr**, Kraft wünscht Deine **Adresse.** **G. Bergmann, Lage.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
**Sektion der Drechsler Hamburgs.**  
Sonnabend, den **25. Januar 1902:**

**\* Winter-Vergnügen \***

verbunden mit **humoristischen Vorträgen** und **Verlosung** in **Fänge's Etablissement** (**Weißer Saal**).

**Anfang 8 Uhr.**  
**Das Festcomité.**

**Möbelpolierer.**

**Unentgeltlicher Arbeitsnachweis** d. **Verbandes** der **Möbelpolierer.**  
Geschäftsstelle: **H. Schulz, Berlin O, 34, Memelerstr. 60a.**  
Der **Vorstand.**

**Selbst Möbelpolierer** sucht **bauernde Arbeit**, auch kann **berieselte** vergolden. **Geßl. Offerten** unter **J. F. 105** an die **Exp. d. Bl.**

**Ich** beabsichtige eine **kleine Möbelfabrik** zu **kaufen** und **suche** hierzu einen **Teilhaber**. **M. 5-8000** nötig. **Offerten** an die **Exp. d. Bl.** unter **108** erbeten.

**Bei hoher Vergütung** suche **allerorts Herren**, welche den **Vertrieb** **hochleg. Artikel** **nebenbei** übernehmen. **Vertrieb** eignet sich für **Jedermann**. **Prospekt** gratis und **franko.**  
**Herm. Woll, Zwickau i. S., Blücherstr. 12.**

**Vorarbeiter resp. Zuschneider**

für **bedeut. Möbelfabrik**, **Spezial- Spolsezimmer, gesucht.** **Bewerber** muss **bereits** **derartige Stellung** **gehabt** haben. **Off.** mit **Zengn.-Abschr.** und **Gehalts-Anspr.** sub **J. G. 9405** an **Rudolf Hesse, Berlin SW.**

Für eine **mechanische Tischlerei** wird ein **tätiger, praktisch gebildeter**

**Werkmeister**

für **bauernde** gesucht, welcher im **Aufreißen** und **Anfertigen** von **jämmtlichen Bauarbeiten** **gewandt** und **zuverlässig** ist. **Erfahrung** auch in **Herstellung** von **Möbeln** erwünscht. **Offerten** mit **genauem Lebenslauf**, **Zeugnisaufschriften**, **Eintrittstermin** und **Gehaltsansprüchen** **besördert** unter **A. L. 1650** **Haasenstein & Vogler, A.-G., Köln.**

**Tüchtige Sophabauer** für **geschweifte Stelle** gesucht. **Bosdinghaus & Co., G. m. b. H., Düsseldorf.**

**Einen Korbmachergesellen** auf **grüne Arbeit** und **einen auf weiße Arbeit** sucht **Carl Wiedemann, Korbmachermstr. Spremberg (Lausitz).**

**3-4 Korbmacher** auf **Matarbeit** gesucht. **L. Ackermann, Korbmachermstr., Gr.-Corbetta, Bahnhof.**

**1 tüchtiger Korbmachergeselle** auf **Reise- und Baschkörbe** sofort gesucht. **Paul Krause, Korbmachermstr., Wundorf, Langestr. 160.**

**Tüchtige Bürstenmacher,**

**Einziger und Bester**, gegen **hohen Afford- lohn** sofort gesucht. **Dürener Bürsten- und Pinselabrik.**  
**Frauz Neisenberg, Düren (Rheinl.)**

**Tüchtiger, solider Bürstenmacher** sofort gesucht. **Kranzhühler, Ohligs (Rheinland).**

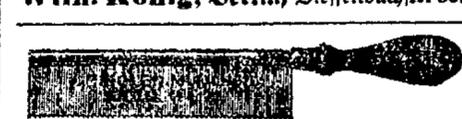
**Möbeltischlerei** mit **Maschinenbetrieb**, **guter Kundschaft**, **sofort** zu **verkaufen.** **Off. erb. an die Exp. d. Bl.** unter **H. 107.**

**Reelle Zigaretten-Offerte.**

**Offerten** den **Genossen** unsere **vorzüglichen Fabrikate** in den **Preislagen**: **von M. 26 bis M. 100** **pro Mille.** **Markenlisten** zu **Diensten.**  
**Bösler & Hofmann, Zigarettenfabrik, Hainwalde i. S.**

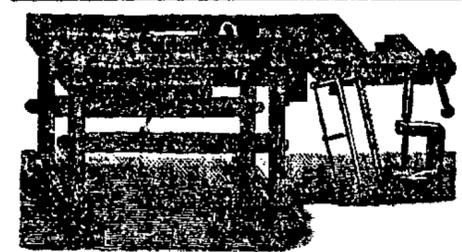
**Dübeleisen** gezahnt, **8, 10, 12, 14, 16, 18 mm**, mit **echt** **amerikanischen Dübelbohrer**, **M. 7,50.**  
**Stanley's Ziehflingenhobel Nr. 80, M. 4,**  
**Stanley's verstellbarer Schiffsobel M. 9,50,**  
**Schraubenzieher m. Centrif. i. f. M. 2,50,**  
**bits** **Anarte M. 4,50**, **versendet gegen** **Rachnahme**  
**Ernst Trimpop, Arnsheld-Cieyersch.**

**Holzmosaik** für **Möbel, Kästen, Tische** usw., **fertigt** **Wilh. König, Berlin, Diefenbachstr. 38.**



**B. Kl. Fuchschwanz**, mit **auswechselb. Blatt.** **Zu haben** in **allen** **besseren** **Werkzeughandlungen** und **bei** **A. Nigl, München, Schleißheimerstr. 28, I. St., I.**

**Genossen! „Solidarität“**  
von **Jean Klos, Stein bei Nürnberg.**



**Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.**

**Titus Axen, Altona.**  
**Preislisten gratis und franko.**

**\* Slomke's Städtebuch \***

für **reisende Arbeiter, Handwerker u. Künstler**, mit **Eisenbahn- u. Wegkarte** von **Deutschland** und **angr. Ländern.** **366 Seiten**, **geb. M. 1,20.**  
**Zu beziehen** d. **alle Buchhandl. od. geg. Eins. v. M. 1,40** von **G. Slomke's Verlag, Bielefeld.**

**Praktisches Unterrichtsbuch**  
für **Tischler, Bildhauer, Drechsler** **z.**

von **Ernst Zoese**,  
**städtischer Lehrer u. Lehrer a. d. Bundesfachschule** zu **Magdeburg.**

**Zweite, bedeut. erweiterte u. verbesserte Auflage.**

**Inhalt:** **Abth. 1.** Die **richtige Schreib- und Sprechweise.** **Abth. 2.** **Geschäftsbrieue u. Geschäftsaufträge.** **Abth. 3.** **Das Fachrechnen.** **Abth. 4.** **Die wichtigsten Maßiger.** **Abth. 5.** **Werkzeugkunde des Tischlers, Bildhauers, Drechslers** **z.** **Abth. 6.** **Das Kostenberechnen.** **Abth. 7.** **Die Buchführung.** **Abth. 8.** **Werkzeitlehre.** **Abth. 9.** **Gelegenskunde.**  
**Anhang:** **Aus dem Einkommensteuergesetz.**

**Preis M. 3.** **eleg. gebunden M. 3,50.**  
**Zu beziehen** durch die **Expedition** dieses **Blattes.**

**„Der Deutsche Tischlermeister“**

**Berlin SW, Friedrichstr. 31,**  
ist die **anerkannt** **hervorragendste Fachzeitung** der **Tischlerei.** **Jede Nummer** enthält **praktisch** **verwendbare Zeichnungen** für **Möbel- und Bantischlerei.** **Zahlreiche Textillustrationen.** **Reich illustriertes Unterhaltungsblatt „Für's deutsche Haus“** gratis. **Wöchentlich** erscheint eine **Nummer.** **„Der Deutsche Tischlermeister“** **berichtet** über **bemerkenswerte richterliche Entscheidungen** und **alle dieses Gewerbe** **betreffende Vorgänge** der **Öffentlichkeit**, und **gibt** in **seinem Briefkasten**, auf **Wunsch** auch **brieflich**, **jedem** **seiner Abonnenten** **kostenfreien Rath** in **allen** **technischen, künstlerischen** und **rechtlichen Fragen.** **Abonnement** kann **jederzeit** **begonnen** werden. **Abonnements- Bestellungen** werden **am Schalter** des **nächstgelegenen Postamtes** **entgegengenommen** zum **Preise** von **M. 1,50** **pro Quartal.** **Der „Deutsche Tischlermeister“** ist im **Postzeitungs- katalog** unter **Nr. 1956** **eingetragen**, was **bei** der **Bestellung** am **Postschalter** **angegeben** werden **muss.** **Wünscht** der **Abonnent** die **Zeitung** in's **Haus** **gebracht**, so **sind** an **die Post** **noch 12 A** **pro Vierteljahr** **Bestellgeld** **zu zahlen.** **Auch** kann **man** die **Bestellung** durch **den Briefträger** **besorgen** lassen, **doch** ist **es** **gut**, um **Verwechslungen** zu **verhüten**, **diesem** den **genauen Titel** der **Zeitung** **„Der Deutsche Tischlermeister“** und **die Zeitungs- katalognummer** **1956** **auf** **einen Zettel** **auf- zuschreiben.** **Auch** kann **man** **einen** **derartigen Bestellzettel** **mit** **der Aufschrift:** **An** **das Post- amt**, **hier**, **und** **mit** **deutlicher Angabe** der **Wohnung** **und** **des Namens** **des neuen Abonnenten** **versenden**, **unfrankirt** in **einen Briefkasten** **werfen**, **dann** **besorgt** die **Post** die **Zeitung** und **erhebt** den **Betrag** für **das Abonnement** **durch** **den Briefträger.** **Wünscht** ein **Abonnent** die **Zeitung** **per Streifband** **zu erhalten**, **dann** **genügt** eine **Postkarte** an **die Expedition**, **„Der Deutsche Tischlermeister“**, **Berlin, Friedrichstraße 31.** **Das Streifband- abonnement** ist **theurer** und **kostet** **M. 2** **pro Quartal.** **Jeder** **neue Abonnent** **erhält** **einen** **inhaltsreichen, werthvollen Tischlerkalender** (**Taschen- oder Nachschlagebuch**) für **das Jahr 1902** **gratis**, **so** **lange** **der Vorrath** **reicht.**



**Tischler-Fachschule Detmold**  
**Drei- u. sechsmonatl. Kursus.** **Eintritt** **am 1. jedes Monats.** **Bewährte Ausbildung.**

**Paul Horn, Hamburg**

**Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36**  
**Fabrik chemischer Produkte.**

- Paul Horn's** Mattpräparate (als: **Mattine, Salon-Matt, Mattlacke**) sind **absolut wasserecht**, **tragen** sich **leicht** **auf** und **sind** **sofort trocken.**
- Paul Horn's** Monopol-Polituren (**Schellack-Polituren** ohne **Oelanwendung**) **haben** sich in **den** **größten** **Fabriken** **dauernd** **Eingang** **verschafft.**
- Paul Horn's** wasserechte **Beizen** in **allen** **Holzfarben**, auch **altmahagoni** und **engliscagrün**, **rauen** **das Holz** **nicht** **auf**, **prachtvolle Farbentöne**, **sofort trocken.**
- Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke. **farblos** und **färbend**, **sind** **als** **das** **Vorzüglichste** **weitbekannt**, **hochfeiner**, **zarter** **Glanz**, **Geschmeidigkeit** **beim** **Auf- tragen**, **polirfähig**, **dauerhaft**, **schnell** **trocknend.**
- Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, **einzig** **brauchbares** **Fabrikat** **zum** **Füllen** **der** **Holzporen** **mit** **Schellackmasse.**
- Paul Horn's** Schellack-Politur-Extracte **sind** **mit** **peinlichster** **Sorgfalt** **gereinigte** **dickflüssige** **Polituren**, **die** **jeder** **Fachman** **verwenden** **sollte.**
- Paul Horn's Patent-Politur** zum **Reinpolieren** **erzeugt** **durch** **einen** **einzig** **Ballen** **glasharten**, **blitzblanken** **Glanz**, **entfernt** **alle** **Oelwoiken** **u.** **verhindert** **un** **Garantie** **d.** **Oelausschlagen**
- Paul Horn's** Copal-, **Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke** **werden** **nur** **in** **gut** **abgelagerter** **und** **geprüfter** **Waare** **zum** **Versand** **gebracht.**
- Paul Horn's** **Flintsteinpapiere** **sind** **überall** **gelobt**, **da** **zähe** **und** **scharf.**
- Paul Horn's** **diverse** **Sorten** **Leim** **sind** **preiswerth** **und** **von** **ff. Qualität.**
- Paul Horn** liefert **Ia. rectificirten 96% Spiritus** **unter** **sollamtlicher** **Kontrolle.**
- Paul Horn** ist „**preisgekrönt** **Hamburger Gewerbe- und Industrie-Anstellung 1889**“
- Paul Horn** erhielt **das Preisdiplom** **auf** **der Tischlerei-Anstellung** **Hamburg 1889.**
- Paul Horn** besitzt **das Ehrendiplom** **der Drechserei-Fachausstellung** **Leipzig 1890.**
- Paul Horn** **sind** **viele** **Hundert** **lobende** **Anerkennungen** **aus** **allen** **Fachkreisen**, **div. Fachschulen** **und** **Gewerbe-Museen** **über** **die** **Vorzüglichkeit** **seiner** **Fabrikate** **zugegangen.**
- Paul Horn** **versendet** **Preisbücher** **gratis** **und** **franko.**

**1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.**

**Berlag: H. Köhler, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Beide in Hamburg.**